

1. Sitzung

Donnerstag, den 25. Oktober 1990

Weimar, Nationaltheater

Eröffnung durch den Alterspräsidenten	3
Ernennung der jeweils jüngsten Abgeordneten jeder Fraktion zu vorläufigen Schriftführern (Wahlhelfern)	5
<i>Alterspräsident Geißler ernimmt die Abgeordneten Emde, Gentzel, Frau Geithner, Frau Stiebritz und Möller zu vorläufigen Schriftführern (Wahlhelfern)</i>	
Konstituierung durch Namensaufruf und Feststellung der Beschlußfähigkeit	5
<i>Nach Namensaufruf stellt der Alterspräsident fest, daß sich der Landtag konstituiert hat und beschlußfähig ist</i>	
Feststellung der Tagesordnung	6
<i>Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen</i>	
Beschlußfassung über die Vorläufige Geschäftsordnung des Landtags	7
<i>Der Antrag der Fraktionen der CDU, SPD und F.D.P. - Drucksache 1/2 - wird mit Mehrheit angenommen</i>	
Wahl des Präsidenten	7
<i>Auf Vorschlag der Fraktion der CDU wird der Abgeordnete Dr. Gottfried Müller (CDU) zum Präsidenten des Landtags gewählt</i>	
Amtsübernahme und Antrittsrede des Präsidenten	8
Ansprachen von Vertretern der Fraktionen	

Rednerliste:

Alterspräsident Geißler	
Präsident Dr. Müller (CDU)	3, 6
Frau Stiebritz (Schriftführer)	5, 7
Emde (Schriftführer)	5, 7
Böck (CDU)	18
Frau Grabe (NF/GR/DJ)	10
Höpecke (LL-PDS)	7, 8, 14
Kniepert, Dr. (F.D.P.)	13
Möller (NF/GR/DJ)	7
Schuchardt, Dr. (SPD)	16
Schwäblein (CDU)	7

Konstituierende Sitzung des Thüringer Landtags am 25. Oktober 1990

Die Sitzung beginnt um 14.06 Uhr.

Es spielt die Staatskapelle Weimar die Ouvertüre zu "Egmont" f-moll Opus 84 von Ludwig van Beethoven. Es dirigiert Generalmusikdirektor Frank.

Eröffnung durch den Alterspräsidenten

Alterspräsident Geißler:

Meine Damen und Herren Abgeordnete, sehr verehrte Gäste!

In dieser historischen Stunde, heute am 25. Oktober 1990, hier im Deutschen Nationaltheater Weimar, tritt der frei, geheim und demokratisch gewählte Thüringer Landtag zu seiner 1. konstituierenden Sitzung zur Bildung des Landes Thüringen zusammen.

Ich eröffne diese Sitzung. Meine Name ist Siegfried Geißler, ich bin am 26. März 1929 geboren. Gibt es unter den Damen und Herren Abgeordneten einen Abgeordneten, der älter ist als ich? Dies ist nicht der Fall. Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, wenn ich in Ihrer aller Namen der Staatskapelle Weimar, Herrn Generalmusikdirektor Hans-Peter Frank, meinen Dank für das musikalische Geschenk zur Eröffnung dieser Sitzung ausspreche.

(Beifall)

Dank auch allen, die diese 1. Landtagssitzung vorbereitet haben. Meine Damen und Herren! Zur Eröffnung begrüße ich Ehrengäste, welche an unserer konstituierenden Sitzung teilnehmen.

Ich begrüße den neu gewählten Präsidenten des Bayerischen Landtags, Herrn Dr. Vorndran.

(Beifall)

Weiterhin begrüße ich Vertreter des Hessischen Landtags, an ihrer Spitze die Herrn Vizepräsidenten Dr. Georg Sturmnowski, den CDU-Fraktionsvorsitzenden Herrn Nassauer sowie den Direktor beim Hessischen Landtag Herrn Lessle.

(Beifall)

Der Landtag Rheinland-Pfalz ist durch dessen Direktor, Herrn Becker, vertreten, der Präsident des Rheinland-Pfälzischen Landtags wird morgen unser Gast sein.

(Beifall)

Ich begrüße weiterhin Vertreter von Kirchen und Religionsgemeinschaften, Herrn Bischof Dr. Demke, Herrn Propst Dr. Falcke, Herrn Propst Jaeger von der evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen.

(Beifall)

Ich begrüße den apostolischen Administrator, Herrn Bischof Dr. Warnke, vom Bischöflichen Amt Erfurt/Meiningen.

(Beifall)

Ich begrüße Herrn Landesbischof Dr. Leich, von der evangelisch-lutherischen Kirche Thüringens

(Beifall)

und Herrn Oberkirchenrat Schäfer.

(Beifall)

Ich begrüße weiterhin die Vorsitzenden der Parteien und politischen Vereinigungen des Landes Thüringen, Vertreter der Thüringer Landkreise, Städte und Kommunalen Spitzenverbände, Mitglieder des Politisch-beratenden Ausschusses und Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall)

Ich begrüße Vertreter der Bundesregierung und der Landesregierungen Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz und danke Ihnen für Ihr Kommen.

(Beifall)

Ich möchte mich weiterhin bedanken an Bund und Länder für Hilfen beim Aufbau des Landes Thüringen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren Abgeordnete, sehr verehrte Gäste! Mir fällt es zu, als Alterspräsident, die konstituierende Sitzung des Landtags des neu erstandenen Landes Thüringen zu eröffnen. Ein Zufall, wenn Sie es so wollen. Der Zufall will es weiter, daß es auf den Tag genau ein Jahr her ist, daß ich in der Sulher Hauptkirche das Wort ergriff. Tausende Menschen waren versammelt, artikulierten ihre Wut, ihre Angst, ihre Hoffnung an diesem 25. Oktober 1989. Sie alle kennen dergleichen Veranstaltungen. Von da bis heute exakt ein Jahr, was es bedeutete ist jetzt und hier sinnfällig. In diesem Augenblick also, in dem es mir zufällt, diese Sitzung zu eröffnen, möchte ich eine Minderheit in Erinnerung bringen und würdigen, jene Minderheit die gegen jede Indoktrination mit öffentlichem Schweigen, gegen Gewalt der Machthaber mit brennenden Kerzen anging und die bereit war, für ihre ethische und politische Überzeugung jahrelang Schikanen, Verhöre, Pressionen und Inhaftierungen auf sich zu nehmen.

(Beifall)

Was die Mächtigen dieser Zeit, was diejenigen, die Politik zum Beruf gemacht haben, nicht vermochten, das hat diese beharrliche, geduldige, unbeirrbar Minderheit geschafft. Ihr Verhalten hat die Menschen ermutigt, auf die Straße zu gehen und mit dem Ruf "Wir sind das Volk!" den Unrechtsstaat zu Fall zu bringen. Niemandes Verdienst, denke ich, wird

geschmälert, wenn ich dies in diesem Augenblick und an dieser Stelle uns allen ins Gedächtnis rufe, all zu schnell scheint mir, wurde eine bisher in der Geschichte Deutschlands beispiellose Kultur, die zur gewaltfreien Revolution führte, sie begründete, aus den Augen verloren. All zu schnell wurde sie, so scheint mir, vom Wendegetöse erfahrener Politrouтинiers oder der Medien übertönt. Mein Wunsch ist es, daß dieser Landtag diese beispielhafte Kultur zu wahren versteht, politische Kultur im Sprechen und Hören, politische Kultur im Streit, aber auch politische Kultur im Vermögen Andersdenkende zu tolerieren.

(Beifall)

Mein Wunsch ist es auch, daß das Volk, daß die Bürgerinnen und Bürger Thüringens, die diesen Landtag frei, geheim und demokratisch gewählt haben, besonders ihren Ruf:

„Wir sind das Volk!“

selbstbewußt in sich lebendig halten und so unsere Arbeit hier im Landtag wachsam und in Mitverantwortung verfolgen und begleiten; daß sie nicht mit der Abgabe ihrer Stimme verstummt sind. So wird die, gerade für uns Deutsche so kostbare Erfahrung geschützt und bewahrt, was das eigentlich ist und heißt, die Würde des Volkes. Diese Würde hat jetzt eine neue Chance und eine neue Dimension erhalten. Aber sie ist auch auf eine neue, uns bisher unbekannt Art und Weise gefährdet.

Wir können es uns nicht leisten, in Verantwortung unserem Kindern und Kindeskindern gegenüber, zum dritten Mal in Folge eine diktatorisch-inquisitorische Politik zuzulassen. Wir haben innerhalb von 5 Jahrzehnten zum zweiten Mal die Chance, den Gegenentwurf zu einer deutschen Diktatur zu leben. Diese Chance ist gleichzeitig Mahnung. Bereits ein Versuch schlug fehl. Er reproduzierte jene Strukturen, die er vorgab, mit Stumpf und Stiel auszurotten. Bereits die Wortwahl hätte verräterisch klingen müssen. Das Endergebnis ist dann immer ein Buchenwald. Das heißt aber nichts anderes, als daß wir uns alle der jüngsten Vergangenheit stellen, daß wir es nicht gestatten, kollektiven Verdrängungsmechanismen Raum zu geben, daß wir es nicht zulassen, angesichts der riesigen Herausforderungen, nur nach vorn zu blicken. So voll die Tagesordnung in den neuen Bundesländern und auch in Thüringen ist, wenn auf ihr nicht die gründliche Beschäftigung mit den Erfahrungen der Vergangenheit steht, wird diese - dessen bin ich mir sicher - uns einholen. Es kann nicht darum gehen, einen Schlußstrich zu ziehen mit pauschalen Verurteilungen die eigene Haut zu retten. Was in den 40 Jahren DDR geschah, geschah - wenn wir ehrlich sind - nicht nur gegen uns, sondern mit uns. Wir werden durch diese Tatsache, daß über die Herrschaft einer Partei und ihres Geheimdienstes offen gesprochen wird, daß sie als verbrecherisch klar definiert wird, wir werden durch diese Erkenntnis allein und durch das Artikulieren von Abscheu kein Volk von 16 Millionen Opfern. Jeder von uns hat seine traumatischen Erfahrungen in dieser DDR gemacht. Jeder hat den Alptraum und seine eigenen Schutz- und Anpassungsmechanismen aufgebaut. Ich bin sicher, jeder, der ehrlich genug ist, wird in seinem DDR-Leben einen Punkt finden, dessen er sich schämt. Wir wollen und müssen uns angewöhnen, diese Punkte zu benennen. Was äußerlich eine Umwälzung kaum verkraftbaren Ausmaßes ist,

bleibt äußerlich, wenn nicht in einem langwierigen und komplizierten Prozeß großer Ehrlichkeit eine Veränderung auch innen folgt.

(Beifall)

Dies eingedenk besteht eine besondere Verpflichtung auch dieses Parlaments den tatsächlichen Opfern gegenüber. Vor dem Hintergrund des eben Gesagten ist jede Relativierung die Fortschreibung von Schuld. Auf meinem Schreibtisch liegt seit kurzem der Bericht einer Frau aus Erfurt über Erlebnisse während einer 11jährigen Haft. Täglich kommen Menschen mit Fragen zu einer möglichen Rehabilitation. Das Manuskript der erwähnten Frau liegt vor, nachdem fast 30 Jahre seit ihrer Entlassung vergangen sind. Viele der um Rehabilitation Nachsuchenden sprechen zum erstenmal über Vorfälle, die oft Jahrzehnte zurückliegen, und immer - lassen Sie uns das nicht vergessen - unabhängig von Verurteilung, Haft oder „nur“ Eingriffen, die ihrem Leben eine traumatisierende Wendung zufügten. Diese Gespräche sind oft erschütternd. Es gibt Opfer, die noch oder schon wieder stumm sind; noch, weil die Verletzungen zu tief sind, daß ein noch größerer Abstand nötig ist, ein größeres Vertrauen erst wachsen muß; wieder, weil sie, äußerst sensibilisiert, zu fürchten beginnen, daß eine auf Erfolg und Leistung orientierte Öffentlichkeit ihnen nicht das Gehör bietet, das sie benötigen, ja Erinnerung ablehnt. Thüringen ist in der Erinnerung beides, Synonym für humanistisches Wirken und Synonym für Unmenschlichkeit. Das Lager vor der Toren dieser Stadt spricht für sich. Das vorher Gesagte habe ich mit im Blick - für viele möglichst zu umfangreich - wenn ich mir und wahrscheinlich uns allen wünsche, Thüringen möge an die erstgenannte Tradition anschließen und dieser Tag möge ein wichtiges Datum dazu sein.

(Beifall)

Thüringen ist ein Land, das aus dem Eingezwängtsein durch eine der widersinnigsten Grenzen herausgetreten ist, in eine Position in der Mitte. Eine Position ohne Grenzen zu einem Nachbarland. Es sollte die Heimstatt des Gedankens werden, gemeinsam mit allen Nachbarn und eingedenk der großen kulturellen Tradition für die Orte wie die Wartburg, dieses Haus, das Bauhaus oder Namen wie Martin Luther, Goethe, Schiller, Liszt oder Gropius stehen können, ein europäisches Haus aufzubauen. Lassen Sie mich die Vision Thomas Mann's, die er 1949 entwarf, als er von einem europäischen Deutschland sprach, welches immer das Ziel seiner Wünsche und Bedürfnisse bildete, sehr im Gegensatz zu dem deutschen Europa, dieser Schreckensaspiration des deutschen Nationalismus, zitieren: „Das europäische Deutschland, das ist eigentlich das im weitesten Sinne des Wortes demokratische Deutschland, dasjenige, mit dem sich leben läßt, das der Welt nicht Furcht sondern Sympathie erregt, weil es teilhat an der demokratischen Menschheitsreligion, von der das moralische Leben des Abendlandes letztlich bestimmt ist und gemeint ist, wenn wir das Wort Zivilisation sprechen.“ Diesem Gedanken fühlen wir uns verpflichtet. Thüringen ist ein Land, dessen Bevölkerung Hoffnung in dieses Parlament, in die eigenständige Politik und die Entwicklung dieses Landes setzt, dessen Bevölkerung aber momentan eine Phase

der Verunsicherung und Angst erlebt. Lassen Sie uns diese Gefühle, insbesondere auch die Ängste, ernst genug nehmen. Lassen Sie uns Hoffnung und Zuversicht, begründete Perspektiven, nicht aber eilfertige Gewißheiten verbreiten. Die thüringische Geschichte in ihrer besten Traditionslinie, ihr geistiger und humanistischer Eintrag in die deutsche und europäische Geschichte, ist verpflichtend für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Voraussetzung dazu ist eine erkennbare und transparente Politik. Es wäre kein gutes Zeichen, würden Kräfte, welche gewillt sind, diese junge Demokratie mit aufzubauen, entmutigt und resignierend im Abseits stehen. Demokratie ist so wertvoll, sie kann nicht als administrativer Akt durchgesetzt oder als Lektion erteilt werden. Demokratie kann man nur leben und vorleben.

(Beifall)

Hier ist nicht nur Toleranz gefordert, hier ist - ohne dabei politische Unterschiede zu verwaschen - der Wille zum gemeinsamen Handeln und Denken erforderlich. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Ich rufe jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 2**. Für die jetzt vorzunehmenden Handlungen sind als Schriftführer und Wahlhelfer die beiden jüngsten Abgeordneten Frau Stiebritz und Herr Emde verantwortlich. Ich bitte die beiden Schriftführer hier neben mir Platz zu nehmen. Ich bitte die Abgeordneten Gentzel, Geithner und Möller als Wahlhelfer für die Wahl des Präsidenten sich bereitzuhalten.

Wir kommen zu **Punkt 3 der Tagesordnung**:

Konstituierung durch Namensaufruf und Feststellung der Beschlußfähigkeit

- Drucksache 1/1 -

Ich bitte die Namen der Abgeordneten mit den Anfangsbuchstaben A bis L Frau Kollegin Stiebritz aufzurufen und die Abgeordneten mit den Anfangsbuchstaben N bis Z den Abgeordneten Herrn Emde. Bitte!

Abgeordnete Frau Stiebritz, F.D.P. (Schriftführer):

Althaus, Dieter

(Althaus, CDU: Hier!)

Arenhövel, Johanna

(Arenhövel, CDU: Hier!)

Dr. Axthelm, Hans-Henning

(Dr. Axthelm, CDU: Hier!)

Backhaus, Peter

(Backhaus, F.D.P.: Hier!)

Bauch, Adalbert

(Bauch, CDU: Hier!)

Böck, Willibald

(Böck, CDU: Ja!)

Dr. Bohn, Jürgen

(Dr. Bohn, F.D.P.: Hier!)

Bonitz, Peter

(Bonitz, CDU: Ja!)

Büchner, Matthias

(Büchner, NF/GR/DJ: Ja!)

Dietl, Peter

(Dietl, LL-PDS: Ja!)

Dietze, Ekkehardt

(Dietze, SPD: Ja!)

Döring, Hans-Jürgen

(Döring, SPD: Ja!)

Duchać, Josef

(Duchać, CDU: Ja!)

Dr. Eckstein, Manfred

(Dr. Eckstein, CDU: Ja!)

Ellenberger, Irene

(Ellenberger, SPD: Ja!)

Emde, Volker

(Emde, CDU: Ja!)

Enkelmann, Andreas

(Enkelmann, SPD: Ja!)

Dr.sc. Fickel, Ulrich

(Dr.sc. Fickel, F.D.P.: Ja!)

Fiedler, Wolfgang

(Fiedler, CDU: Ja!)

Friedrich, Peter

(Friedrich, SPD: Ja!)

Geißler, Siegfried

(Geißler, NF/GR/DJ: Ja!)

Geithner, Cornelia

(Geithner, LL-PDS: Ja!)

Gentzel, Heiko

(Gentzel, SPD: Ja!)

Gerstenberger, Michael

(Gerstenberger, LL-PDS: Ja!)

Grabe, Christine

(Grabe, NF/GR/DJ: Ja!)

Griese, Werner

(Griese, SPD: Ja!)

Grosse, Maria-Elisabeth

(Grosse, F.D.P.: Ja!)

Grünert, Werner

(Grünert, CDU: Ja!)

Dr. Gundermann, Peter

(Dr. Gundermann, SPD: Ja!)

Dr. Häfner, Hans-Peter

(Dr. Häfner, CDU: Ja!)

Häßler, Achim

(Häßler, F.D.P.: Ja!)

Dr. Hahnemann, Roland

(Dr. Hahnemann, LL-PDS: Ja!)

Heymel, Edda

(Heymel, SPD: Ja!)

Höpcke, Klaus

(Höpcke, LL-PDS: Ja!)

Illing, Konrad

(Illing, CDU: Ja!)

Kallenbach, Jörg

(Kallenbach, CDU: Ja!)

Klein, Berthold

(Klein, SPD: Ja!)

Dr. Kniepert, Andreas

(Dr. Kniepert, F.D.P.: Ja!)

Dr. Koch, Joachim
(Dr. Koch, LL-PDS: Ja!)

Köhler, Johanna
(Köhler, CDU: Ja!)

Kölbel, Eckehard
(Kölbel, CDU: Ja!)

Kothe, Winfried
(Kothe, CDU: Ja!)

Dr. Krapp, Michael
(Dr. Krapp, CDU: Ja!)

Kretschmer, Thomas
(Kretschmer, CDU: Ja!)

Lippmann, Frieder
(Lippmann, SPD: Ja!)

Lotholz, Reinhard
(Lotholz, CDU: Ja!)

Abgeordneter Emde, CDU (Schriftführer):

Dr. Mäde, Dieter
(Dr. Mäde, SPD: Ja!)

Mehle, Klaus
(Mehle, SPD: Ja!)

Meyer, Roland
(Meyer, CDU: Ja!)

Dr. Möbus, Walter
(Dr. Möbus, CDU: Ja!)

Möller, Olaf
(Möller, NF/GR/DJ: Ja!)

Dr. Müller, Gottfried
(Dr. Müller, CDU: Ja!)

Müller-Pathle, Bernd
(Müller-Pathle, CDU: Ja!)

Neumann, Winfried
(Neumann, CDU: Ja!)

Päsler, Ralf
(Päsler, NF/GR/DJ: Ja!)

Dr. Pietzsch, Frank-Michael
(Dr. Pietzsch, CDU: Ja!)

Pöse, Jörg
(Pöse, LL-PDS: Ja!)

Pohl, Günter
(Pohl, SPD: Ja!)

Preller, Andreas
(Preller, SPD: Ja!)

Primas, Egon
(Primas, CDU: Ja!)

Raber, Ingrid
(Raber, SPD: Ja!)

Rieth, Helmut
(Rieth, SPD: Ja!)

Ritter, Matthias
(Ritter, CDU: Ja!)

Dr. Rudolph, Christine
(Dr. Rudolph, SPD: Ja!)

Schröter, Fritz
(Schröter, CDU: Ja!)

Dr. Schuchardt, Gerd
(Dr. Schuchardt, SPD: Ja!)

Schütz, Peter

(Schütz, CDU: Ja!)

Schulz, Horst
(Schulz, CDU: Ja!)

Schwäblein, Jörg
(Schwäblein, CDU: Ja!)

Seidel, Harald
(Seidel, SPD: Ja!)

Sieckmann, Hartmut
(Sieckmann, F.D.P.: Ja!)

Dr. Sklenar, Volker
(Dr. Sklenar, CDU: Ja!)

Sonntag, Andreas
(Sonntag, CDU: Ja!)

Spieß, Manfred
(Spieß, CDU: Ja!)

Stauch, Harald
(Stauch, CDU: Ja!)

Stepputat, Olaf
(Stepputat, F.D.P.: Ja!)

Dr. Stelzner, Axel
(Dr. Stelzner, CDU: Ja!)

Stiebritz, Annett
(Stiebritz, F.D.P.: Ja!)

Thierbach, Tamara
(Thierbach, LL-PDS: Ja!)

Trautvetter, Andreas
(Trautvetter, CDU: Ja!)

Ulbrich, Werner
(Ulbrich, CDU: Ja!)

Dr. Wagner, Hans-Jürgen
(Dr. Wagner, CDU: Ja!)

Werner, Dietmar
(Werner, CDU: Ja!)

Weyh, Kurt
(Weyh, SPD: Ja!)

Wien, Gerhard
(Wien, NF/GR/DJ: Ja!)

Wolf, Bernd
(Wolf, CDU: Ja!)

Wunderlich, Gert
(Wunderlich, CDU: Ja!)

Dr. Zeh, Klaus
(Dr. Zeh, CDU: Ja!)

Zimmer, Gabriele
(Zimmer, LL-PDS: Ja!)

Alterspräsident Geißler:

Der Landtag hat sich konstituiert und ist beschlußfähig. Ich rufe auf **Tagesordnungspunkt 4:**

Feststellung der Tagesordnung.

Wird der Tagesordnung widersprochen? Das ist nicht der Fall. Dann ist sie in der vorliegenden Form festgestellt.

Ich rufe auf **Tagesordnungspunkt 5****Beschlußfassung über die Vorläufige Geschäftsordnung des Landtags**

- Drucksache 1/2 -

Der Entwurf einer Vorläufigen Geschäftsordnung, eingebracht von den Fraktionen der CDU, SPD und F.D.P., liegt Ihnen vor. Der Entwurf ist unter meiner Leitung in einem vorläufigen Ältestenrat vorberaten worden, in dem alle Fraktionen vertreten waren. Diese Beratungen wurden von dem gemeinsamen Willen getragen, möglichst zu einer einvernehmlichen Regelung zu gelangen. Das ist weitgehend geschehen. Soweit es von Fraktionen gegenüber einzelnen Bestimmungen noch Vorbehalte gibt, sind diese dankenswerterweise zurückgestellt worden. Diese Punkte werden in die Beratungen über die endgültige Geschäftsordnung eingebracht werden. Zwischen den Fraktionen ist daher Einigkeit erzielt worden, zu der Vorläufigen Geschäftsordnung keine Aussprache durchzuführen. Außerdem stimmten alle Fraktionen darüber überein, daß die Beratungen zur endgültigen Geschäftsordnung möglichst bald aufgenommen und zügig abgeschlossen werden sollen. Ich darf davon ausgehen, daß dieses Verfahren Ihr Einverständnis findet. Das ist der Fall. Ich bedanke mich.

Ich komme nun zur Abstimmung über die Vorläufige Geschäftsordnung. Wer der Vorläufigen Geschäftsordnung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön! Wer stimmt dagegen? Danke schön! Stimmenthaltung? Ich denke die Stimmen brauchen nicht ausgezählt zu werden, damit ist die Vorläufige Geschäftsordnung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und F.D.P. angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 6**.

Da ich von meiner Fraktion zur Präsidentenwahl vorgeschlagen werde, möchte ich den nächstältesten Abgeordneten, Herrn Klaus Höpcke, PDS, das Amt bitten weiterzuführen.

Abgeordneter Höpcke, LL-PDS:

Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich bitte Sie um Vorschläge zu Tagesordnungspunkt 6.

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

Die CDU als stärkste Fraktion im Thüringer Landtag schlägt als Kandidat für den Präsidenten dieses Hauses vor, den Abgeordneten Dr. Gottfried Müller.

(Beifall)

Abgeordneter Höpcke, LL-PDS:

Ich danke für den Vorschlag. Gibt es weitere Vorschläge?

Abgeordneter Möller, NF/GR/DJ:

Die Fraktion NF/GR/DJ schlägt auch unter dem Gesichtspunkt, damit die Wahl wirklich zu einer Wahl wird, den

Abgeordneten Herrn Geißler, den Alterspräsidenten, für das Amt des Präsidenten des Thüringer Landtags vor.

(Beifall)

Abgeordneter Höpcke, LL-PDS:

Dankeschön! Gibt es einen dritten Vorschlag? Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann lassen Sie mich folgende Erläuterung geben: Die Wahl ist nach § 2 Abs. 1 Satz 2 der Vorläufigen Geschäftsordnung, die soeben beschlossen worden ist, ohne Aussprache, geheim durchzuführen. Die Wahl werden wir in folgender Weise vornehmen: Die Abgeordneten werden in alphabetischer Reihe aufgerufen, wie bei der Konstituierung. Jeder Abgeordnete und jede Abgeordnete erhält vor Eintritt in die Wahlkabine von einem der Abgeordneten, die vorhin zu Wahlhelfern bestellt worden sind, einen Stimmzettel mit den Namen der beiden Kandidaten. Sie haben selbstverständlich **eine** Stimme, bitte kreuzen Sie in der Wahlkabine die Kästchen "Ja", "Nein" oder "Enthaltung" hinter einem der Kandidaten an, werfen Sie den verschlossenen Wahlumschlag - aus technischen Gründen füge ich hinzu: nicht unbedingt zukleben - in die Wahlurne. Das ist der Vorgang, der jetzt stattfinden soll. Irgendeine Frage dazu? Scheint nicht der Fall. Dann bitte ich die Wahlhelfer, in Aktion zu treten und Sie beide wieder um Namensaufruf. Es folgt der Vorgang der Wahl.

Frau Abgeordnete Stiebritz, F.D.P. (Schriftführer):

Althaus, Dieter; Arenhövel, Johanna; Dr. Axthelm, Hans-Henning; Backhaus, Peter; Bauch, Adalbert; Böck, Willibald; Dr. Bohn, Jürgen; Bonitz, Peter; Büchner, Matthias; Dietl, Peter; Dietze, Ekkehardt; Döring, Hans-Jürgen; Duchac, Josef; Dr. Eckstein, Manfred; Ellenberger, Irene; Emde, Volker; Enkelmann, Andreas; Dr. sc. Fickel, Ulrich; Fiedler, Wolfgang; Friedrich, Peter; Geißler, Siegfried; Gerstenberger, Michael; Grabe, Christine; Griese, Werner; Grosse, Maria-Elisabeth; Grünert, Werner; Dr. Gundermann, Peter; Dr. Häfner, Hans-Peter; Häßler, Achim; Dr. Hahnemann, Roland; Heymel, Edda; Höpcke, Klaus; Illing, Konrad; Kallenbach, Jörg; Klein, Berthold; Dr. Kniepert, Andreas; Dr. Koch, Joachim; Köhler, Johanna; Kölbl, Eckehard; Kothe, Winfried; Dr. Krapp, Michael; Kretschmer, Thomas; Lippmann, Frieder; Lothholz, Reinhard.

Abgeordneter Emde, CDU (Schriftführer):

Dr. Mäde, Dieter; Mehle, Klaus; Meyer, Roland; Dr. Möbus, Walter; Dr. Müller, Gottfried; Müller-Pathle, Bernd; Neumann, Winfried; Päsler, Ralf; Dr. Pietzsch, Frank-Michael; Pöse, Jörg; Pohl, Günter; Preller, Andreas; Primas, Egon; Raber, Ingrid; Rieth, Helmut; Ritter, Matthias; Dr. Rudolph, Christine; Schröter, Fritz; Dr. Schuchardt, Gerd; Schütz, Peter; Schulz, Horst; Schwäblein, Jörg; Seidel, Harald; Siegmann, Hartmut; Dr. Sklenar, Volker; Sonntag, Andreas; Spieß, Manfred; Stauch, Harald; Dr. Stelzner, Axel; Stepputat, Olaf; Stiebritz, Annett; Thierbach, Tamara; Trautvetter, Andreas; Ulbrich, Werner; Dr. Wagner, Hans-Jürgen; Werner, Dietmar; Weyh, Kurt; Wien, Gerhard; Wolf, Bernd; Wunderlich, Gert; Dr. Zeh, Klaus; Zimmer, Gabriele;

Geithner, Cornelia; Gentzel, Heiko; Möller, Olaf;

Abgeordneter Höpcke, LL-PDS:

Meine Damen und Herren Abgeordnete und verehrte Gäste! Ich darf die Abgeordneten zur Vergewisserung fragen: Haben Sie alle gewählt? Gibt es irgendeinen, der noch nicht gewählt hat? Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich den Wahlgang und bitte die Wahlhelfer, die Stimmen auszuzählen. Ich darf auch auf einen Hinweis aus den Reihen der Abgeordneten hin noch darauf aufmerksam machen, daß selbstverständlich die Urne vorher geprüft worden war, daß sie also, bevor die Wahlzettel eingeworfen wurden, leer war. Sie bitte ich, da es sich nicht um eine lange Auszählungsprozedur handelt, auf Ihren Plätzen zu verweilen.

(Glocke des Präsidenten)

Abgeordneter Höpcke, LL-PDS:

Verabredet war, daß die Fotoreporter jetzt die Bühne verlassen.

(Beifall)

Es ist in einem stillen Gespräch verabredet gewesen, ich bitte nun auch, sich daran zu halten.

(Beifall und Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, ich hatte mich bei einem Satz vorhin etwas geniert, nämlich als ich mitgeteilt hatte: Bitte kreuzen Sie in der Wahlkabine die Kästchen "Ja", "Nein" oder "Enthaltung" hinter einem der Kandidaten an. 17 Abgeordnete hat dieser Aufruf offensichtlich nicht erreicht. Oder haben sie ihrer Lust nachgegeben, zwei Präsidenten haben zu wollen? Abgegebene Stimmzettel 89, gültige Stimmzettel 72 und ungültige Stimmzettel 17 dadurch.

(Unruhe)

Bitte richten Sie Ihren Unmut nicht gegen mich. Ich referiere hier nur etwas. Von den abgegebenen gültigen Stimmzetteln entfielen auf den Abgeordneten Müller, Gottfried 58 Ja-Stimmen.

(Lang anhaltender, starker Beifall)

Es gelten die Bedingungen wie vorhin.

(Heiterkeit im Saal, Zwischenruf des Alterspräsidenten "Wir haben Zeit".)

Auf den Abgeordneten Geißler, Siegfried entfielen 13 Ja-Stimmen und eine Nein-Stimme.

(Beifall)

Damit ist der Abgeordnete Dr. Gottfried Müller als Präsident des Thüringer Landtags gewählt.

(Beifall)

Ich stelle an Sie, Abgeordneter Müller, ordnungsgemäß die Frage, ob Sie die Wahl annehmen.

Abgeordneter Dr. Müller, CDU:

Ich nehme die Wahl an.

Abgeordneter Höpcke, LL/PDS:

Danke.

(Beifall)

Damit stellen wir fest, daß Dr. Gottfried Müller Präsident des Thüringer Landtags ist. Ich spreche ihm den Glückwunsch des Hauses aus und übergebe ihm das Amt, den Platz und den Stuhl.

(Beifall)

Amtsübernahme und Antrittsrede des Präsidenten

Präsident Dr. Müller:

Meine Damen und Herren! Ich darf in diesem für mich sehr bewegenden Augenblick zunächst dem Ältesten, dem Alterspräsidenten, danken. Es ist ja nicht allzu häufig, daß ein Parlament zwei Alterspräsidenten in Anspruch nimmt, wir haben es hier uns geleistet, die Altenburger Bauern sagten in solchem Fall "me huns, me kuns."

(Beifall)

Und wir sind ja auch dankbar, daß die Altenburger Bauern nun sich für Thüringen entschieden haben. Ich darf aber vor allem auch Ihnen, den Abgeordneten danken, daß Sie es mir zutrauen, dieses Amt zu führen. Ich will es überparteilich im Interesse unseres Thüringer Volkes angehen, zusammen mit Ihnen. Mit Ihrer Hilfe werden wir es schaffen.

(Beifall)

Recht herzlichen Dank.

Auf der Tagesordnung ist nun dem Präsidenten eingeräumt, daß er eine Ansprache halten kann; vielleicht ist es der Presse doch möglich, den Fotografen, etwas die Bühne freizugeben, ich gewinne nicht mehr an Schönheit.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren! Zweimal trat in diesem Jahrhundert das Land Thüringen ins Leben, zweimal ging es zugrunde. Im 1920 gegründeten Freistaat übernahm 1934 ein von Hitler bestellter Reichsstatthalter das Regiment, und der Neugründung nach dem Zweiten Weltkrieg bereitete der Zentralismus ulbrichtscher Prägung ein Ende. Aus den vorangegangenen Katastrophen lernend, gehen wir nun zum dritten Mal daran, unserer Heimat eine angemessen staatliche Gestalt zu verleihen. Möge diesem neuen Thüringen über die Schwelle des Jahrhunderts und des

Jahrtausends hinweg eine gute Zukunft beschieden sein.

(Beifall)

Es wird eine Zukunft im geeinten Deutschland sein. Der große Unterschied zu den ersten beiden Gründungen besteht ja darin: Sie erfolgten nach verlorenen Kriegen, die damit immer noch nicht zu Ende waren. Wir treten heute und hier zur Konstituierung des Landtags zusammen, nachdem Deutschland zugleich mit der Einheit den Frieden gewonnen hat. Wir sind den alten Bundesländern dankbar, daß sie uns in ihre Gemeinschaft aufgenommen haben. Ihre und des Bundes tatkräftige Hilfe erleichtert den Aufbau der Landesinstitutionen und auch dem Landtag erleichtern sie den schwierigen Anfang. Und dafür danken wir sehr herzlich.

(Beifall)

Aber wenn wir so die Hilfe der Bundesländer und des Bundes zu schätzen wissen, so sind wir doch auch selbstbewußt genug zu sagen, ohne Thüringen würde Deutschland nicht vollständig sein.

(Beifall)

Das Wiedererstehen der ostdeutschen Länder ist eine Entwicklung, die für viele überraschend kam. Im Herbst des vorigen Jahres schien es noch Ausdruck eines Traumes zu sein, als bei den Demonstrationen in Thüringer Städten nach und nach die weiß-roten Fahnen auftauchten. Im Frühjahr hieß es dann programmatisch, "Träume werden wahr - Land Thüringen". Heute nun sind wir vollends aufgewacht und stehen vor der Herausforderung, selbst schaffen zu müssen, was einst nur Traum war. Das Land Thüringen wird das Werk seiner Bewohner oder auf Dauer gar nicht sein.

Beim Aufbau des Landes sind, wie wir alle wissen, viele Probleme zu überwinden, wirtschaftliche, soziale, geistig-moralische. Es wird Aufgabe der demokratischen Parteien sein, im Widerstreit, aber auch im Bemühen um Kompromisse, Wege zur politischen Lösung aufzuzeigen. Der Thüringische Landtag stellt dabei ein wichtiges Forum der politischen Auseinandersetzungen dar. Gesetzgebungsvorhaben und Regelungen, für die man in den alten Bundesländern Jahre und Jahrzehnte gebraucht hat, sind im Zeitraum weniger Wochen und Monate auf den Weg zu bringen. Wir Abgeordneten werden hart arbeiten müssen. Ich wage die Prognose: der thüringische Landtag wird ein sehr fleißiges Parlament sein.

Die Abgeordneten des Landtags sehen sich eng verbunden mit dem ganzen Volke Thüringens, wenn es jetzt darum geht, in kürzester Zeit den historisch einmaligen Umschwung von einer dirigistischen Planwirtschaft zu einer sozialen Marktwirtschaft zu bewältigen. Und manchmal bedeutet das ja auch, zu erleiden. Es sollte uns als gesetzgebende Körperschaft sehr nachdenklich stimmen, daß die größte Errungenschaft der Revolution, die Einführung rechtsstaatlicher Verhältnisse in unserem Land, von den Menschen hier im Osten Deutschlands nicht selten noch als Bedrohung empfunden wird. Fragen des Eigentums, der wirtschaftli-

chen Betätigung, der Sozialordnung wurden in der bisherigen Bundesrepublik durch Gesetze geregelt, deren Voraussetzungen und Sprache der ehemalige DDR-Bürger oft nicht versteht und denen er sich zuweilen hilflos ausgesetzt fühlt. Achten wir bei unserer zukünftigen Arbeit darauf, daß Gesetze durchsichtig und verstehbar sind. Sie sollen der Gerechtigkeit dienen.

Die gewaltigen Auswirkungen auf die äußeren Lebensumstände, der hauptsächlich ökonomische Aspekt aller Veränderungen in unserem Lande, dürfen uns freilich nicht die Augen davor verschließen, daß das menschliche Leben letzten Endes seine Erfüllung nicht im erfolgreichen Bestehen in der Marktwirtschaft und in ihrer Rechtsordnung finden kann. Wenn es uns in Thüringen gelingt, die Wirtschaft in Schwung zu bringen, haben wir sehr viel erreicht, und ich hoffe in dieser Hinsicht noch in dieser Spanne der Legislaturperiode auf guten Erfolg. Wir werden aber trotzdem nur Stümper geblieben sein, wenn wir den Menschen nicht ausreichend die Möglichkeit eröffnen, ihre geistig-moralischen Kräfte zu entfalten. Dabei brauchen wir uns nicht in dem Irrglauben zu wiegen, die neuen Verhältnisse seien für ein solches Vorhaben ausschließlich günstig. Mit anderen Menschen - etwa denen in der Dritten Welt - merklich zu teilen, fällt in jeder Gesellschaftsordnung schwer. Der bedrohten Natur zuliebe auf das Auto zu verzichten, gelang uns nicht in der alten DDR und wird uns im vereinigten Deutschland wohl weniger denn je gelingen. Und auch die Einstellung, z. B. gegenüber ausländischen Mitbürgern, ist durch den revolutionären Wechsel nicht besser geworden. Fest aber steht, daß wir in all diesen Fragen tätig werden müssen, besser noch durch das Vorbild als durch den Erlaß von Vorschriften, wie es unseres Amtes ist.

(Beifall)

Ich bin mir Ihrer Zustimmung sicher in der Feststellung, daß alle in diesem Hause vertretenen politischen Kräfte es begrüßen, wenn die christlichen Kirchen aber auch Gemeinschaften wie die jüdische im neuen Thüringen ein weites Feld für ihr Zeugnis und für ihren Dienst finden werden.

(Beifall)

Eine klerikale Verquickung zwischen Staat und Kirche bleibt dabei ausgeschlossen. Aber wie bedeutend die religiösen Traditionen in unserer Heimat sind, sollte bald wieder jedes Kind in der Schule lernen.

(Beifall bei der CDU)

Daß Religion alles andere ist als Opium des Volkes, haben in den vergangenen Jahren auch Nichtchristen mit Respekt zur Kenntnis genommen. Der Glaube ist, wie sich vor und während der Wende gezeigt hat, eine gesellschaftlich motivierende Kraft. Er ist es auch nach der Wende, nun in der Phase des Neuaufbaus, in die wir jetzt eintreten. Nicht wenige Abgeordnete unseres Landesparlaments sehen sich durch ihre religiöse Überzeugung in die Pflicht genommen.

Umfassender noch als die religiöse Tradition wird in unserer säkularisierten Gesellschaft von der Mehrheit der Menschen der Faktor der Kultur empfunden. Das Denkmal von Goethe

und Schiller vor unserem Tagungsort erinnert nachdrücklich daran, daß Thüringens Kulturlandschaft überaus reich in ihren Erscheinungen und vielfach gegliedert ist. Kaum ein anderes Bundesland kann in dieser Hinsicht mit uns konkurrieren. Nirgends anders wird es aber auch Regierung und Parlament schwerer fallen, allen Wünschen nach Kulturförderung gerecht zu werden. Ich dünke, wir sollten uns am Anfang gemeinsam vornehmen, um jede für kulturelle Zwecke benötigte Mark ernsthaft zu ringen. Noch haben wir ja den Finanzminister nicht, der uns mit seinem Rotstift in diesem Vorhaben irre machen könnte. Wir werden freilich nur dann auf Dauer Erfolg haben, wenn auch die Bürgerinnen und Bürger es lernen, unmittelbar zu Förderern der Kultur zu werden. Ihre Bereitschaft dazu sollten wir als Abgeordnete in unseren Wahlkreisen fördern.

Gestatten Sie, daß ich in einem letzten Abschnitt meiner Ausführungen noch auf eine Stimme reagiere, die an diesem Ort besonders vernehmbar aus der Vergangenheit in unsere Gegenwart dringt. Hier in diesem Hause, es sah damals noch ein bißchen anders aus, wurde am Donnerstag, dem 6. Februar 1919, 3.15 Uhr nachmittags, die deutsche Nationalversammlung eröffnet. Damals sagte in seiner Eröffnungsrede der Volksbeauftragte Friedrich Ebert unter anderem: "Wir wollen an die Arbeit gehen, unser großes Ziel vor Augen, das Recht des deutschen Volkes zu wahren, in Deutschland eine starke Demokratie zu verankern und sie mit wahren sozialen Geist zu erfüllen." Leider gelang es der in Weimar gegründeten deutschen Republik nicht, eine solche starke Demokratie hervorzubringen. Sie blieb schon deswegen schwach, weil der soziale Geist sich nicht in dem Maße durchsetzte, wie es Friedrich Ebert gewünscht hatte und wie es nötig gewesen wäre. Ein Fehler, der sich in Deutschland und auch in Thüringen nicht wiederholen darf.

Eine weitere Schwäche der Weimarer Republik lag darin, daß die demokratischen Kräfte nicht entschlossen genug von den Möglichkeiten Gebrauch machten und von den Verantwortlichkeiten, die ihnen gegeben waren. Nach dem Machtmißbrauch, den wir in der DDR-Vergangenheit miterlebt haben, gibt es unter uns begrifflicherweise Hemmungen, von Herrschen und Macht auch nur zu reden, selbst wenn diese Macht vom Volke ausgeht. Trotzdem stellt sich uns die Aufgabe, mit der Macht im Sinne einer starken Demokratie vernünftig umzugehen. Wenn wir, die dazu Berufenen, vom Volk Gewählten, die Macht nicht aufgreifen, dann bleibt sie dort liegen, wohin sie nicht gehört und wo sie Schaden anrichtet. Bei alten Seilschaften, die sich untereinander die Posten zuweisen, bei randalierenden Extremisten, welche die Straße unsicher machen, bei starken Wirtschaftsmächten, die ungehemmt ihren Vorteil suchen.

(Beifall)

Wir, die Abgeordneten dieses Landtags sind mitverantwortlich, daß alle Macht im Lande sachgerecht verwaltet und unter Kontrolle bleibt. Es ist ein Hauptwesenszug funktionierender, parlamentarischer Demokratie, daß auch der Machtwechsel immer möglich sein muß. (Aber am Anfang einer Legislatur sollte man noch nicht von Machtwechsel reden.)

(Heiterkeit)

Die neue Demokratie, die wir in Thüringen und ganz Deutschland gestalten wollen, weckt bei den Menschen Erwartungen, die nicht enttäuscht werden dürfen. Vor allem dürfen wir die jungen Menschen nicht vor den Kopf stoßen. Sie haben bisher den Staat vor allem als tyrannischen Vater Staat erfahren, durch uns und unsere Arbeit sollten sie eine schwesterliche und brüderliche Dimension des Staates erfahren, die des solidarischen Freundes, wenn er sich schon bemerkbar macht, dieser Staat.

Meine Damen und Herren, vor wenigen Tagen bin ich hinüber zum Riechheimer Berg gefahren, 20-30 km südöstlich von hier. Dort hat man einen sehr weiten Blick ins Thüringer Land hinein. In einer Sitzungspause sollten Sie es sich auch einmal gönnen, dort hinauf zu fahren. Die Wälder erstrahlten in der Pracht der Laubfärbung, die Städte und Dörfer waren zu sehen, und wir wissen dort Menschen zu Hause, die heimatverbunden und welttoffen zugleich sein wollen. Ein gesunder Realismus beseelt sie und die Thüringer und Thüringerinnen werden beherzt zugreifen, wenn sie die Gelegenheit dazu haben. Thüringen ist ein schönes, ein liebenswertes Land, es lohnt sich, dafür zu arbeiten. Danke.

(Beifall)

Präsident Dr. Müller:

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 8**. Es ist vorgesehen, daß die Fraktionen jetzt Stellungnahmen abgeben. Es besteht Einigkeit darin zwischen den Fraktionen, daß die Wahl der Vizepräsidenten abweichend von der Geschäftsordnung nicht in einer Sitzung erfolgt. Es wird einigen von Ihnen vielleicht aufgefallen sein, wenn Sie schon mal in die Geschäftsordnung hineingesehen haben, daß hier an sich die Wahl von Präsident und Vizepräsidenten in einer Sitzung vorgesehen ist, aber diese Abweichung ist im Vorläufigen Ältestenrat besprochen worden, und die Wahl der Vizepräsidenten wird morgen in der 2. Sitzung stattfinden. Jetzt bitte ich die Fraktionen um ihre Stellungnahmen. Es ist wohl keine Einigung vorher zustande gekommen, in welcher Reihenfolge hier die Sprecher der Fraktionen sprechen werden, dann bitte ich als erste Neues Forum/GRÜNE/Demokratie Jetzt, den Fraktionssprecher oder die Fraktionssprecherin ans Pult.

Abgeordnete Frau Grabe, NF/GR/DJ:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mein Name ist Christine Grabe, ich spreche hier für die Fraktion Neues Forum/GRÜNE/Demokratie Jetzt. Die Hitlerdiktatur in Deutschland und die SED-Herrschaft auf dem Gebiet der DDR sind ganz sicher nicht vergleichbar, obwohl einzelne Ähnlichkeiten durchaus vorhanden sind. Verblüffend für mich sind die Parallelen in der rein menschlichen Aufarbeitung, nachdem diese Unrechtssysteme ihr Ende gefunden hatten. Von der Generation meiner Eltern ist mir vielfach bestätigt worden, nach der Niederschlagung des Naziregimes gab es in Deutschland zwei Kernsätze, die dort täglich von den meisten Deutschen ausgesprochen wurden. Nämlich: Das alles haben wir ja gar nicht gewußt, und wir waren schon immer dagegen. Genau die gleichen Sätze wurden im Spätherbst 89 gebraucht und benutzt, und zwar in erster Linie von den Leuten, die mit ihrer Einstellung, mit ihrem Auftreten, mit ihrer Arbeit und

unter anderem in den Blockparteien jahrelang das SED-Regime unterstützt haben.

(Beifall SPD)

Ein ganzes Volk von 16 Millionen Widerstandskämpfern. Man könnte lachen, wäre diese ganze Angelegenheit der Verdrängung, die dahinter steht, nicht so tragisch. Zugegeben, auch in unseren Kreisen waren die großen Widerstandskämpfer, die Helden, kaum zu finden. Aber wir haben es zumindest versucht, etwas zu tun gegen die Gleichschaltungsbemühungen der SED. Wir haben es versucht, und zwar nicht erst seit letztem Herbst, sondern schon seit vielen Jahren Widerstand zu leisten.

(Beifall NF/GR/DJ)

Zuerst im persönlichen Bereich, in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis. Später dann in kleinen und größeren Friedens-, Frauen- und Umweltgruppen. In Gruppen und Kreisen, die zwar häufig unter kirchlichen Dächern sich zusammenfinden konnten, letztlich aber auch da oft nur mit Widerwillen der kirchlichen Leitung geduldet waren. Wir haben es praktiziert bei uns selbst und bei unseren Kindern, daß es durchaus möglich war, auch ohne Jugendweihe, FDJ und Parteibuch, auch ohne vormilitärische Ausbildung und Wehrpflicht in diesem Staat zu leben. Die von der SED als Schlagworte mißbrauchten Begriffe wie Frieden, Antimilitarismus, Antifaschismus und Solidarität waren durchaus im täglichen Leben, im persönlichen Umfeld, durchführbar. Es war möglich bei Friedensdekaden, Umweltseminaren und so weiter die Mißstände deutlich zu machen. Verantwortung, dieses Wort klingt so einfach und sagt doch all das, was mich und die fünf Männer in der Fraktion Neues Forum/GRÜNE/Demokratie Jetzt hier zusammengeführt hat. Die Einstellung, die sich mit diesem Wort deutlich macht, hat unser Leben geprägt. Wir haben in unserem kleinen Umfeld versucht, die kollektive Verantwortungslosigkeit aufzubrechen. Nicht erst gestern und heute. Unsere Biographien sind nicht DDR-typisch und doch häufiger als manche denken, und gerade deswegen waren wir in unserem Leben nur diesen ganz kurzen Augenblick mal mit der großen Herde Ende 89. Vielleicht hätten wir mehr erreicht, wenn mehr Menschen ein wenig mehr Mut gezeigt hätten. Ganz sicher wären Veränderungen schon eher möglich gewesen, wenn zum Beispiel die Bischöfe und Synoden ihre mutigen Worte des letzten Jahres schon vor 10 Jahren gesprochen hätten.

(Beifall NF/GR/DJ)

Nun sei es wie es sei, Veränderungen haben stattgefunden, ob es eine Revolution war, wird die Geschichtsschreibung bewerten. Nicht zuletzt dank Gorbatschow verlief das ganze auch ohne größere Gewalt, und es begann hoffnungsvoll für uns in den Bürgerkomitees, an den Runden Tischen, bei der beginnenden Stasiauflösung. Die Ergebnisse sind bekannt: Offene Grenzen, demokratische Wahlen. Leider ist der Prozeß noch lange nicht abgeschlossen, weil die Vergangenheit eben in keiner Weise aufgearbeitet wurde. Die Stasi ist noch lange nicht endgültig zerschlagen, da liegen unsere Akten

vermutlich schon bei den bundesdeutschen Geheimdiensten wieder an oberster Stelle. Schlimmer noch, fast überall in Wirtschaft und Politik sitzen an den entscheidenden Stellen dieselben Leute, die doch schon vor der Wende das Sagen hatten. Wir werden sehr genau kontrollieren müssen, wie bei den bestehenden politischen Machtverhältnissen auch mit dieser personellen Vergangenheit umgegangen wird. Eine so lasche Überprüfung, wie sie in der Volkskammer stattgefunden hat, werden wir hier in Thüringen nicht dulden.

(Beifall NF/GR/DJ)

Die Abgeordneten haben die moralische Pflicht, sich auf Mit- oder Zusammenarbeit mit der ehemaligen Staatssicherheit oder anderen Geheimdiensten überprüfen zu lassen. Die Überprüfung muß im Kreuzvergleich zwischen den Akten der zentralen Stelle Berlin, Normannenstraße und den Akten in den ehemaligen Bezirken vorgenommen werden. Und schon sind wir wieder die unbequemen Wenigen, die keine Ruhe geben, die den Finger auf die schlimme Stelle legen, die Demokratie einklagen, wo sie schon wieder verlorengeht. Wir könnten viele Beispiele bemühen, einige wenige seien hier erwähnt. Da wollen einige Leute in Eisenach ein Thälmanndenkmal abreißen. Mal abgesehen davon, daß es jetzt eigentlich wichtigere Dinge zu tun gibt, abgesehen davon, daß Thälmanns politische Haltung von der SED und der sie tragenden Blockparteien ja nur mißbraucht wurde, sind die Leute, die das Denkmal beseitigen wollen, genau die, die da jahrelang am Todestag die Kränze niedergelegt haben. Ein anderes schlimmes Beispiel ist der Energievertrag, der gegen das Kommunalisierungsgesetz verstößt. Zwei weitere will ich nennen. Ein Landrat setzt sich über einen Kreistagsbeschluß hinweg und genehmigt eine Rallye und Herr Stoltenberg ignoriert, daß die Menschen in Bad Salzungen aus ihrem Ort wieder einen Kurort machen wollen, und das verträgt sich nicht mit einem Heerlager. Außerdem hatten die Bürger dort längst anstelle des Armeegebietes ein Gewerbegebiet geplant. Die martialische Lektion Demokratie von Herrn Stoltenberg in Bad Salzungen war für uns nicht neu, im Gegenteil, seit 40 Jahren wohlbekannt und damit völlig überflüssig. Die Medien hätten uns vor einem Jahr bei derselben Protestaktion dort in Bad Salzungen voll ins Bild genommen und gefeiert. Doch nun gibt es nur noch lapidare Mitteilungen über einige wenige Bürgerrechtler. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, so wenige waren wir dort nicht. Pressefreiheit ist etwas tolles, und sie sollten sie nutzen. Oder sind die Scheren in den Köpfen immer noch oder schon wieder aktiv? Abrüstung und Konversion sind für uns unverzichtbare Forderungen an die zukünftige Regierung Thüringens. Wir sind schon wieder beide Teile Deutschlands gleichermaßen in den Golfkonflikt verweben und haben zur Giftgasproduktion beigetragen. Herr Kohl will dort seinen Teil mit unseren ausgedienten NVA-Waffen ableisten. Keine Schweinerei bei der wir Deutschen nicht dabei sind. Weltweit gibt es Protest gegen die amerikanische Präsenz im Golf.

(Unruhe)

Wir Deutschen dürfen uns an diesem gewinnträchtigen makaberen Spiel keineswegs beteiligen. Es sind so viele wichtige Dinge zu planen und zu bauen. Das ist Verschwendung von

Zeit und Geld, in Rüstung zu investieren. Zum Beispiel alle östlichen Nachbarn haben unsere Hilfe dringend nötig. Vertrauensbildung ist angesagt. Mit Hau-Ruck-Aktionen, wie Hilfe für Rumänien, beruhigen wir unser schlechtes Gewissen, und unser Mitleid und Mitgefühl kann auch plaziert werden. Doch schon bei den bettelnden Roma in unseren Städten wächst die Aggression. Ich mußte vor kurzem auf einem Bahnhof eine Stunde warten und beobachtete dabei ein ca. 12jähriges Roma-Mädchen, die ihre ca. 3jährige Schwester trug. Bettelnd zog sie durch die Halle. Erfolg hatte sie nur bei 2 Müttern, die ihre Kinder dabei hatten, denn sie konnten sich diesem dünnen abgemagerten Kind nicht verweigern. Die meisten taten so, als ob sie nicht verstanden, was sie wollte, übersahen einfach die ausgestreckte Hand, sahen nicht, wie schwer sie an ihrer Schwester zu tragen hatte. Noch sind diese Hände offen, und wir können geben. Tun wir aber weiter so, als verstehen wir nicht, worum es geht, so können aus diesen offenen Händen geballte Fäuste werden. Schädig genug haben wir uns den kubanischen, mosambiquanischen und vietnamesischen Menschen gegenüber verhalten. Sie sind nirgendwo in diesem nun so freien Land mehr sicher. Sie wurden und werden angespuckt, beschimpft und geschlagen. Sind wir wirklich nicht in der Lage, mit anderen Menschen auszukommen?

Auch wir sind Ausländer fast in jedem Land dieser Welt. Weitblick und Toleranz sind Worte, die wir selber mit Inhalten füllen müssen. Jacques Delors sagte am 17. Oktober 89 in Brügge: "In der Geschichte haben nur diejenigen Platz, die über Weitblick verfügen und zu einer umfassenden Betrachtungsweise fähig sind." Wir, die Fraktion Neues Forum/GRÜNE/Demokratie Jetzt sagen, wir brauchen Europa und Europa braucht uns. Jeder Mensch braucht einen Platz zum Leben. Wir müssen alles dafür tun, daß es die richtigen Plätze dafür gibt. Hier sitzen heute Mütter, Väter, Großmütter, Großväter, Tanten, Onkel und Paten. Was sagen sie Kindern, die sie fragen werden, was habt ihr getan, um zu verhindern, daß es einen solchen Sicherheitsapparat in diesem Land geben konnte, was habt ihr getan, als die Luft zum Atmen immer schlechter wurde und das Trinkwasser nicht mehr zu trinken war? Sie alle haben gehört, daß Herr Töpfer ein Notprogramm für das verseuchte Trinkwasser auf dem Gebiet der ehemaligen DDR erlassen mußte. Was haben Sie alle hier getan, als die vielen neuen Autos keinen Platz zum Spielen mehr ließen? Wir sagen Ihnen, wo kein Platz zum Spielen ist, wird es keine gesunden Kinder geben. Doch immer wieder wird jetzt vom Schutz des ungeborenen Lebens gesprochen, und ich sage Ihnen, wir müssen über Verantwortung sprechen, die wir nicht einfach abwälzen können. Die Lebensräume für Kinder waren bisher nicht optimal aber doch ziemlich geschützt. Wir alle aber wissen, wo Igel und Hasen keine Chance gelassen wird, über die Straße zu kommen, ich bitte Sie, sehen Sie sich an, was auf den Straßen passiert, schaffen es Kinder auch nicht. Die Gewalt gegen Kinder wird nicht erst jetzt bekannt. Jeder weiß davon. Doch nun ist die Gewalt auch drastisch angestiegen in den Familien und auf den Straßen. Kinder haben keine Knautschzonen wie Autos. Wenn wir wirklich etwas für Kinder tun wollen, so müssen wir für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung sorgen. Das heißt für Sie alle hier, daß wir uns sofort mit der drastischen Reduzierung von Einwegverpackungen beschäftigen müssen, sonst haben unsere Enkelkinder nur noch einen

Platz, wo sie spielen können, nämlich unsere Müllberge. Ich frage mich, woher es kommt, daß nun alles so unkontrolliert, weil westlich erprobt, übernommen wird. Sie wissen nicht, was ich meine, kleine Ursache und große Wirkung. Sie fehlen mir einfach und vielen anderen auch, weil wir so an sie gewöhnt waren. Ich meine die kleinen grünen Pfeile an manchen Ampeln. Wen haben die nun wohl gestört? Unlautere Werbung für die Grüne Partei waren sie wohl nicht. Frau Hamm-Brücher hat an alle Volkskammerabgeordneten ein Buch geschickt "Der freie Volksvertreter - eine Legende?". Darin schreibt sie: "Politische Macht darf nur befristet vergeben werden und muß jederzeit kontrolliert werden." Wir sehen das auch so. Das Mißtrauen, das uns alle so geprägt hat, wird uns lange noch zu tun geben. Da haben nämlich viele Wochen Menschen zusammengesessen, um eine Geschäftsordnung zu erarbeiten und eine Verfassung. Doch wie alle wissen, es war Beschäftigungstherapie. Ich sage, das ist gestohlene Lebenszeit, und so kann man mit den Menschen nicht umgehen. Ich nenne das kriminell.

(Heiterkeit)

Wieso und mit welchem Recht kann ein Regierungsbeauftragter solche Entscheidungen treffen. Statt der Verfassung gibt es ein Papier, genannt Landessatzung. Das regelt natürlich nicht zuerst die Rechte der Thüringer, sondern gleich im 2. Satz die Entschädigung der Abgeordneten, genannt Diäten. Politische Macht darf nur befristet vergeben werden, wie wahr, ich möchte davor warnen, daß wir zu einem Krisenparlament werden, wenn wir nicht schnellstens in die Reihe bringen, Grundsätze festzulegen, an die Menschen, auch Politiker sich halten dürfen und sollen. Wir müssen endlich zu einer Verfassung kommen. Vorläufige Gesetze, Übergangsregelungen und Notlösungen aus Zeitmangel sind kennzeichnend für die Rechtslosigkeit der letzten Monate, damit muß ein Ende gemacht werden. Die Verfassungsvorschläge müssen sofort in die Öffentlichkeit, damit endlich konstruktiv gearbeitet werden kann. Das nenne ich praktische Demokratie durchsichtig machen, nicht hinter verschlossenen Türen verhandeln.

(Beifall)

Fragen wir die Menschen in Thüringen, wo ihre Hauptstadt sein soll. Wir brauchen den Volksentscheid und wenn das gewährleistet ist, daß die Meinung der Menschen gefragt ist, brauchen wir keine Banmeile, sonst kann es passieren, daß sich das Volk eine neue Regierung sucht. Den Frauen will ich sagen, laßt uns wenige Frauen hier in diesem Parlament nicht allein. Wir wollen nicht zu Alibifrauen werden, traut Euch vor, wir brauchen Euch, Eure Ideen, Eure Kreativität und vor allem Eure Solidarität. Laßt Euch nicht vereinzeln und auseinanderdividieren, seid mutig für Euch. Ihr werdet es brauchen in diesen rauen Zeiten. Ich danke!

(Beifall)

Präsident Dr. Müller:

Ich bitte jetzt den Vertreter der F.D.P.-Fraktion!

Abgeordneter Kniepert, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, in Anbetracht der Würde der Stunde und des Hauses, auf die eben gehörten Ausführungen nicht zu reflektieren.

(Beifall der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Weimarer Verfassung, Weimarer Republik, Weimarer Verhältnisse - die Erfahrungen unseres ganzen Volkes, sein schwerer und leidvoller Weg in Europa bis zum heutigen Tag, sind unlösbar mit diesen Begriffen verbunden. Am Scheitern jener deutschen ersten Republik, die hier in diesem Hause, in dieser Stadt begründet wurde, tragen die Menschen Europas, trägt unser ganzes Volk noch immer. Und erst jetzt, nach mehr als 70 Jahren nach der ersten verfassungsgebenden Versammlung, heilen allmählich die Wunden. Die Gründe für die Katastrophe der Weimarer Republik sind oft diskutiert und analysiert worden. Ich muß sie hier nicht wiederholen. Ein Aspekt dieses Unterganges sollte jedoch hier und heute unbedingt hervorgehoben werden. Die Weimarer Republik wurde nicht geliebt. Sie war ein von Anfang an ungeliebter Staat; gleichermaßen abgelehnt von der Rechten wie von der Linken. Vielfach bekämpft, geschmäht, auch von denen, die jene Zwanziger Jahre zu den vielzitierten Goldenen gemacht hatten, den großen Denkern, Künstlern und Intellektuellen dieser Zeit. Ein ungeliebtes Kind gerät oft auf Abwege, kommt unter die Räder. Das von seiner Mannschaft, aber auch von breiten Schichten des Volkes, solcherart mißhandelte und fehlgeleitete Staatsschiff Weimar lief schließlich aus dem Ruder und versank. Unser neues staatliches Gemeinwesen, auch unser Thüringen in Deutschland, braucht dieses Schicksal nicht zu fürchten. Es wurde in all den Jahren heiß ersehnt, im vergangenen Jahr erstritten und wird als Resultat der Sehnsucht und der Anstrengung der großen Mehrheit unseres Volkes geliebt. Vor uns frei gewählten Thüringer Abgeordneten steht nun die schöne aber zugleich schwere Aufgabe, diese Zuneigung, diese Liebe der Menschen in unserem Land zu befördern und zu gestalten, in erlebbarer aber auch durchschaubarer, besonders aber in fruchtbarer politischer Praxis.

Die Freien Demokraten Thüringens stellen sich mit Leidenschaft dieser Herausforderung. Wir wollen gemeinsam mit allen Demokraten, mit allen Schichten unseres Volkes, mit allen Menschen guten Willens einen völlig neuen Weg beschreiten. Dieser Weg, das wissen wir alle, wird ein schwerer und häufig kaum begehbarer sein. Riesige, scheinbar unüberwindliche Hindernisse, sind auf ihm zu bewältigen. In Jahrzehnten erstarrte Strukturen, so lähmend wie überflüssig, gilt es aufzubrechen und wegzuräumen. Vorrangig dabei, die einstigen Exponenten, die Apologeten dieser Strukturen abzulösen. Jene Seilschaften gilt es abzukoppeln, die sich herüberretten wollen, denen es heute wie gestern nur um die eigenen Pfründe, um den eigenen Stuhl geht.

(Beifall CDU, SPD, F.D.P.)

Um mich klar zu artikulieren, nicht um Ausgrenzung geht es; wir wissen sehr gut, daß ein großer Teil der Kompetenz in der alten DDR in der SED vertreten war und es einfach keine

Alternative gab, wenn man wissenschaftliche, kulturelle, wirtschaftliche oder wie auch immer geartete Laufbahnen einschlagen wollte. Wer kompetent war und ist und seine Integrität bewahrt hat, der ist von Herzen willkommen, wo er auch zukünftig immer zu finden ist innerhalb des politischen Spektrums unserer neuen Demokratie. Die alte Kaderwirtschaft aber mit ihren Parteibuchprioritäten ist ein für allemal vorbei. Mit Nachdruck und wesentlich rascher als bisher muß die Ablösung der alten Inkompetenz, unabhängig von Parteizugehörigkeit und Bekenntnis, vollzogen werden. Zuviel Zeit wurde schon vergeudet oder bewußt verschwendet für die Reinstallation subjektiver egoistischer Interessen. Es gilt, schnell und unbürokratisch für alle Leitungsebenen der Wirtschaft, des öffentlichen Dienstes, der Schulen, Hochschulen und Verwaltungen hochkompetente Fachleute zu finden oder rasch zu entwickeln. Wir rechnen hierbei besonders mit der Hilfe unserer Freunde in den alten Bundesländern und erwarten einen Zustrom von Fachleuten à la Colleur, welche die große Chance erkennen, die sich hier in Thüringen für jeden eröffnet, der sich einbringt mit seinem Sachverstand, mit seinem Können und natürlich auch mit seinem Kapital.

Traditionell wenden wir Liberale bei jenen bedeutenden Prozessen, die es zu gestalten gilt, unser Hauptinteresse jenen Bereichen der Volkswirtschaft zu, in denen die meisten Arbeitskräfte beschäftigt sind; der mittelständischen Industrie, dem Handwerk, allen Gewerben und dem Handel. Das sind die Pfeiler unseres zukünftigen, mit Sicherheit kommenden Wohlstandes. Wir treten mit Nachdruck für die rasche Privatisierung der ehemaligen VEB, der einstigen Kombinate und der anderen uneffektiven Mammutunternehmen ein. Neues Know-how ist ebenso gefragt, wie fundierter Sachverstand, Management und Risikobereitschaft, die letztlich aber nur aus Kompetenz herrühren können. Die Wirtschaft in Thüringen muß endlich in Gang kommen. Es geht aufwärts wie in Thüringen, soll der zukünftige Slogan in ganz Deutschland werden. Dafür stehen wir Freien Demokraten, dafür werfen wir unseren Sachverstand, unser Engagement in die politische Waagschale.

Um diese unsere Vision für Wohlstand und Glück für alle zu verwirklichen, haben wir, die F.D.P. in Deutschland, die Vorstellung eines Niedrigsteuergebietes mit den neuen Bundesländern formuliert und arbeiten mit Hochdruck an der Realisierung. Alle Steuern müssen auf ein solches Niveau gebracht werden, daß es potentiellen Investoren und Kapitaleignern, Existenz- und Unternehmensgründern als Torheit erscheinen muß, nicht zu investieren, diese großartigen Zukunftsangebote nicht zu nutzen. Ebenso töricht muß es den Arbeitnehmern zukünftig erscheinen, die angestammte Heimat hier im Osten, die Freunde, die Familien zu verlassen, wegen einer Sehnsucht nach Lebensverhältnissen, die bald auch hier Einzug halten werden können. Der Trend nach drüben, in die alten Bundesländer, muß und wird umgekehrt werden. Wir von der F.D.P. stehen dafür und werben um alle, deren Herz für Thüringen schlägt. Jeder, der sich in dieser einzigartigen Kulturlandschaft mitten in Deutschland verbunden fühlt, der sie liebt, ist dazu aufgerufen. Vielen Dank.

(Beifall)

Präsident Dr. Müller :

Ich bitte die Fraktion der PDS das Wort zu nehmen, der Abgeordnete Dr. Höpcke!

Abgeordneter Höpcke, LL-PDS:

Herr Präsident, ich danke für die Schnellpromotion, ich habe sie noch nicht erworben.

Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete, verehrte Gäste!

Dieser Tag und diese Stunde laden zum Reden über geschichtliche Bezüglichkeiten ein. Auch ich werde mich dem nicht entziehen. Zuvor aber möchte ich gegenwärtige Befindlichkeiten zur Sprache bringen. Den Umständen heutigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens im Thüringer Land und ihrer Veränderung gehört unsere bevorzugte Aufmerksamkeit. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, daß wir zügig die Arbeit aufnehmen, die zu tun wir als Abgeordnete gewählt worden sind.

An den Landtagswahlen im Oktober 1990 haben sich in Thüringen 20 Prozent weniger Wahlberechtigte beteiligt als im März 1990 an den Volkskammerwahlen. Unsere Partei hat 80.000 Stimmen verloren, bei der CDU -

(Beifall CDU)

immer warten mit dem Beifall - bei der CDU beläuft sich die Stimmeneinbuße auf 400.000.

(Beifall SPD, NF/GR/DJ, LL-PDS)

Andere Parteien haben Stimmengewinne zu verzeichnen. Gegenüber den Kommunalwahlen trifft dies auch für die CDU und die PDS zu.

Ich empfinde solche Tatsachen als Aufforderung an uns alle, über Dinge nachzudenken, die im ersten Augenblick der Wahlnacht meistens von Freude und damit verbundenen Gefühlsballungen überdeckt und verdrängt werden. Wir sollten, schlage ich vor, bei unserer parlamentarischen Tätigkeit sowohl diejenigen vor Augen haben, die gewählt haben, als auch diejenigen, die der Wahl ferngeblieben sind. Wir sollten in den Parteien und Fraktionen über denen, die jeweils "uns" gewählt haben, die nicht vergessen, die anderen ihre Stimme gegeben und damit anderen Verantwortung übertragen haben. Und dürften nicht eine jede und einen jeden von uns Abgeordneten diejenigen Wählerinnen und Wähler besonders interessieren, die uns einst ihr Vertrauen geschenkt hatten, es jetzt aber entzogen haben?

Wir alle bewegen uns in einem Spannungsfeld zwischen hohen Erwartungen und ihrer möglichen und wirklichen Erfüllung. Dabei geht es um mehr als das Einlösen von Versprochenem, obwohl es sich darum natürlich auch handelt. Für die Angehörigen der Fraktion der Linken Liste-PDS kann ich sagen, daß unser Politik- und Parteienverständnis zum Inhalt hat, Bürgerinteressen vor Parteibelangen zu setzen.

Das Training von politischem Gemeinsinn vor Eigennutz findet übrigens bei uns schon innerhalb der Fraktion statt. Wie Sie wissen, haben sich in ihr neben PDS-Mitgliedern Vertreter der Vereinigten Linken, der erneuerten fdj und ein parteiloser Mandatsträger zusammengefunden. Zusammen mit den Abgeordneten der Fraktionen unserer politischen Partner und Konkurrenten betrachten wir uns in der Pflicht vor der ganzen Bevölkerung Thüringens. Von daher wird auch unsere Bereitschaft und Fähigkeit bestimmt sein, sowohl mit den anderen Oppositionskräften übereinzustimmen - wenn es sich von unserer Auffassung zur jeweils verhandelten Sache ergibt - als auch der künftigen Landesregierung mit einer Opposition zu begegnen, die des Konstruktiven nicht entbehrt. Daß die Opposition verpflichtet ist, politische Energie im Lande vor allem durch kritischen Impuls erzeugen oder freisetzen zu helfen, versteht sich von selbst. Wir hoffen, daß andere darin ebenfalls Innovationspotenz erkennen statt argwöhnisch Störfaktoren zu wittern. In der vorläufigen Geschäftsordnung werden entsprechende Anträge eher behindert als ermuntert; daher die Stimmenthaltung unserer Fraktion, als über ihre Annahme abgestimmt wurde.

Wenn der Abgeordnete Kniepert eben zu dem Beitrag von Frau Grabe sozusagen Reflektion verweigert oder versagt hat - unter Berufung auf die Würde des Hauses -, muß ich sagen: Das halte ich für fragwürdig.

(Beifall NF/GR/DJ, LL-PDS)

Ich möchte doch zu bedenken geben, daß die Abgeordnete Grabe Lebens Tatsachen angeführt hat. Das es einen Bezug ihrer Rede zu solchen Tatsachen gibt, ist doch unbestreitbar. Und ich frage eben: Ist es nicht Aufgabe gerade des Parlaments, über die Deutung solcher Tatsachen zu streiten? Sie hat ihre Deutung gegeben. Und es wäre interessant, eine andere Deutung dagegen zu setzen.

(Beifall NF/GR/DJ, LL-PDS)

Spreche ich über das Verhältnis von Wählern und Abgeordneten, gehört unbedingt ein Wort über die Verfassung des Landes dazu. Einen nach Ansicht der Fraktion der Linken Liste-PDS wichtigen inhaltlichen Punkt möchte ich versuchen Ihnen nahezubringen, indem ich Sie bitte, sich zu dem, wovon Herr Kniepert auch gesprochen hat - Umkehr des Trends - etwas Praktisches vorzustellen. Also, ich bitte mal, sich einen Bayern vorzustellen, der sich 100 km nördlich von Hof ansiedeln will, also in Thüringen. Sollte er - frage ich Sie - hier im Hinblick auf Wohnung sowie Arbeit und Beruf nicht das gleiche Maß durch Verfassung geregelter Rechte vorfinden wie in den Artikeln 106 sowie 166 der Verfassung seines heimatlichen Freistaates fixiert? Und ein Urthüringer sollte - fügen wir hinzu - ebenfalls nicht schlechter gestellt sein als sein südlicher Nachbar. Mit der Episode und dem Hinweis widerspreche ich - Sie haben es gemerkt - denen, die da sagen, Rechte wie die auf Arbeit und Wohnung hätten draußen zu bleiben aus der Verfassung unseres Landes. Was das Verfahren betrifft, in welchem die Thüringer zu ihrer vom Volke getragenen Landesverfassung gelangen, so sprechen wir uns dafür aus, daß die Verfassung im Entwurf der Bevölkerung zur Diskussion gestellt wird. Danach sollte über

sie in einer Volksabstimmung entschieden werden.

(Beifall SPD, LL-PDS, NF/GR/DJ)

Die in diesem Hause 70 Jahre vor dem 89'er Herbst angenommene Weimarer Verfassung enthielt die Möglichkeit, Volksbegehren und Volksentscheide durchzuführen. Und den Demokratieansätzen bei uns seit jenem Herbst ist ebenfalls die Erfahrung eigen, daß das unmittelbar entscheidende Wort der Bevölkerung auch nach der Wahl von Abgeordneten in die Parlamente wichtig bleibt. Mag dieses Element der Demokratie über das Grundgesetz hinausgehen, grundgesetzwidrig ist es nicht.

Im Zusammenhang mit Verfassungs- und Rechtsfragen sollten wir uns, meine Damen und Herren Abgeordnete, um die kritische Feststellung nicht herumzudrücken versuchen, daß es im Monat Oktober zu einem Stillstand der Rechtssprechung gekommen ist, und der nun ist grundgesetzwidrig. Wir sollten es alle...

(Zuruf aus der Fraktion der CDU: "Wer hat das verursacht"?)

Ich nicht.

(Zuruf aus der Fraktion der CDU)

Zu dem Punkt komme ich noch: wie die einen eine Vita und andere eine Tabula rasa vor dem Herbst letzten Jahres hatten. Jetzt also wollte ich sagen: Wir sollten es als eine unserer dringlichsten Pflichten ansehen, dafür zu sorgen, daß als eine der Säulen der dreigeteilten Gewalten die Justiz in ihren materiellen, finanziellen und personellen Voraussetzungen in die Lage versetzt wird, ihre gewachsenen Aufgaben im Rechtsstaat zu erfüllen.

(Beifall NF/GR/DJ)

Die wichtigste materielle Bedingung dafür, daß die Thüringerinnen und Thüringer ein glückliches Leben können, sehe ich darin, daß Thüringen als eigenständiger Produktionsstandort gesichert wird. In Übereinstimmung mit den Abgeordneten der SPD meinen wir, daß Aufmerksamkeit und Gelder für Verbesserungen der Infrastruktur aufgewendet werden müssen, vor allem für Transportwege unter Beibehaltung und Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes mit billigen Tarifen sowie für Bausubstanz und Telefonnetz. Und dies sowohl wegen der Voraussetzungen für die Gesamtwirtschaft als auch um der Aufträge willen, die aus einem solchen Konzept für viele Betriebe hervorgehen. Für ebenso wichtig halten wir weitsichtige Entschlüsse für die hier ansässige Industrie von der Elektrotechnik und Elektronik, über Textil- und Bekleidungs- sowie Glas- und Keramikindustrie bis zum Maschinen- und Fahrzeugbau und zum Schicksal der im Kali- und Uranbergbau Tätigen. Die bloße Hoffnung, die Marktwirtschaft werde es schon richten, würde trügerisch sein. Blick fürs Soziale, fürs Ökologische, für Zukunftsbedürfnisse sind der Marktwirtschaft pur nicht eigen. Davon zeugt, wie oft soziale und ökologische Rücksichten als "Investitionsbremse" hingestellt werden.

Vom Wort zur Wirklichkeit können die sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen der Marktwirtschaft in Thüringen werden, wenn der Landtag zum Beispiel beschließt, 70 bis 80 Prozent der bei der Privatisierung hiesiger Betriebe durch die Treuhandanstalt erzielten Erlöse, die sich auf mehr als 10 Milliarden DM belaufen dürften, für ein Landesentwicklungsprogramm einzusetzen, das vorzulegen die Landesregierung alsbald beauftragt werden könnte. Ein solches Programm sollte Maßnahmen der Stabilisierung, der Sanierung und der Umprofilierung umfassen und so dazu beitragen, daß Arbeitsplätze nicht abgeschafft und vernichtet, sondern erhalten und ausgebaut werden. Was die Betriebe und ihre kooperativen und anderen Geschäftsbeziehungen zu Unternehmen außerhalb betrifft, so tritt die Fraktion der Linken Liste-PDS für solche Beziehungen ein, wenn sie dem Kriterium standhalten, das da lautet, gegenseitiger Nutzen. Einspruch dagegen ist notwendig, sofern Thüringer Betriebe zum Anhängsel von Partnern in anderen Bundesländern gemacht werden sollen nach dem Motto: High-Tech dort, bei uns die verlängerte Werkbank für die schlichteren und also auch bescheidener entlohnten Arbeitsvorgänge. Nicht verschlechtert, sondern verbessert werden muß die hiesige wirtschaftliche Struktur: Investitionen, die dazu beitragen, sollten steuerlich begünstigt werden. Den Handwerkern und Gewerbetreibenden, deren Geschäftskonten entgegen unseren Vorschlägen 2 : 1 getauscht wurden, gebührt nun ebenfalls steuerliche Hilfe als Ausgleich für Verlorenes. Die Landwirte Thüringens sollten pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche die gleiche Unterstützung aus Bundes- und EG-Mitteln erhalten wie ihre Berufskollegen in den älteren Bundesländern.

Beim Diskutieren der Zukunft des Landes Thüringen, im Vorfeld der Landtagswahlen, sind Vertreter verschiedener Parteien schon ins Gespräch auch über das kulturelle Antlitz der Landschaft in und um Erfurt, Gera und Suhl gekommen. Ich habe mich dabei für die Erhaltung des Theaternetzes dieser Region sowie für die durchdachte Ausweitung der hiesigen Universitäts- und Hochschulstruktur ausgesprochen und möchte das hier wiederholen. Als Alarmsignal betrachten wir es, daß während der letzten Monate in Thüringen 44 Bibliotheken geschlossen worden sind. In diesem Zusammenhang sei eine Erfahrung aus dem Ruhrgebiet erwähnt. Bei hoher Arbeitslosigkeit in sozial schwieriger Situation ist es nach dortiger Erfahrung um so notwendiger, kulturelle Lebensmöglichkeiten zu sichern. Alle Spielarten einer entgegengesetzten Denk- und Handlungsweise sind gegen die Logik des Lebens. Gegen die Logik des Lebens richtet sich wohl auch, daß angestellte Ärzte vielerorts in unserem Land durchgängig entlassen werden. Und wenn Lehrerinnen und Lehrer mit inquisitionsähnlichen Fragen behelligt werden, fragen wir, ob das nicht Erscheinungen des Ausgrenzens sind.

(Unruhe bei der CDU)

ich wiederhole die Frage: ... fragen wir, ob das nicht Erscheinungen des Ausgrenzens sind, gegen die wir landesweit Zeichen der Toleranz setzen sollten.

(Heiterkeit bei der CDU)

„Kindlein liebt Euch, und wenn das nicht gehen will: Laßt wenigstens einander gelten“; so wandte sich Goethe einst als Minister an seine Landeskinder.

Das zitierte Goethewort könnte auch als Leitgedanke für unseren Umgang mit der Geschichte dienen. Was scheint mir auf diesem Gebiet bemerkens- und beherzigenswert? Bemerkenswert finde ich, daß schon in der vorigen Zeit, am Anfang der 80er Jahre, konfessionsübergreifend erweiterte Zugänge zu Persönlichkeiten wie Martin Luther erarbeitet wurden. Die Möglichkeiten dieser Denkweise dürften sich auch bei der Beurteilung von Bonifatius bewähren, bei der Heiligen Elisabeth und manchem anderen weit zurückliegenden historischen und kulturellen Erbe.

(Heiterkeit bei der CDU, teilweise bei der SPD)

Ich vermute, hatte ich notiert, ich vermutete, sage ich nun wegen der Zweifel, die ich aufgrund Ihrer Reaktion bekomme, ich vermutete fraktionsübergreifende Wertungsmöglichkeiten in unserem Landtag zu diesem Punkt.

Gerechter geworden sind auch unsere Vorstellungen vom Verhältnis zwischen klassischer deutscher Literatur und Romanistik.

Stätten von Parteikongressen der Arbeiterbewegung im Thüringer Land von gesamtnationaler Bedeutung wie die in Eisenach, Gotha und Erfurt regen auch 100 Jahre später dazu an, sich mit den analytischen Einsichten und programmatischen Ideen sozialer Gerechtigkeit im damaligen Kapitalismus zu beschäftigen - um der Folgerungen willen, die daraus für unsere heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse gewonnen werden können.

Was die jüngere Vergangenheit betrifft, so beteiligen wir uns aktiv an deren gleichermaßen leidenschaftlicher wie solider historischer Aufarbeitung. Ich verweise zum Beispiel darauf, daß die PDS am 17. und 18. November eine Konferenz zum Thema „Der Stalinismus in KPD und SED. Ursachen, Wirkungen, Folgen“ veranstaltet. Von sich schlaue dünkenden Taktikern sind wir gefragt worden: „Seid Ihr verrückt? So etwas mitten im Wahlkampf?“ Unsere Antwort: Aufarbeitung der Geschichte, gerade auch ihrer düsteren Seiten, das Herausfinden objektiver und subjektiver Ursachen für Fehlentwicklungen, für Gebrechen und Verbrechen, gehört unverzichtbar zu unserer Politikfähigkeit in Gegenwart und Zukunft; wobei wir einer Gleichsetzung dessen, was während der letzten Jahrzehnte geschah, mit den unvergleichlichen Naziverbrechen entgegenreten. Thüringer Antifaschisten, die zugleich weltweite Aktivitäten als Antistalinisten unternommen haben, wie zum Beispiel Willi Münzenberg, halten wir auch in ihrem Heimatland aller Ehren wert. Und entschieden ablehnend verhalten wir uns, wenn von der Umbenennung von Straßennamen auch unbescholtene Menschen betroffen werden, wie das in Erfurt nach meiner Ansicht bei der Hermann-Jahn-Straße geschehen ist. Als haltlos empfinden wir die Versuche einiger, sich selbst wie vor 1989 Ungeborene, sozusagen Biographielose zu empfinden. PDS-Mitglieder aber als Blitzableiter für all ihren Unmut über einstiges eigenes und fremdes Versagen zu benutzen. Wie ich vorhin sagte: Niemand hat anstelle einer Vita eine Tabula rasa.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jüngst

angestellte Berechnungen haben ergeben, daß der Mittelpunkt Deutschlands in Thüringen liegt. Ich wünsche uns die Fähigkeit, der Versuchung zu widerstehen, nun in Bedeutungstrunkenheit zu verfallen. Wir würden torkeln, wie das Menschen bei jeglicher Trunkenheit tun. Aber als Verpflichtung aufgefaßt zu werden. Maße herzugeben für unser Tun und Lassen, dazu sind ein solches Erbe und ein solcher geographischer Ort allemal gut. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Präsident Dr. Müller:

Für die Fraktion der SPD spricht jetzt deren Vorsitzender, der Abgeordnete Dr. Schuchardt.

Abgeordneter Dr. Schuchardt, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Jahre 1989 und 1990 waren für das deutsche Volk reich an geschichtsträchtigen Daten. Aus diesen vielen ragt ganz bestimmt der 3. Oktober 1990, der Tag der deutschen Einheit, heraus. Er wird uns immer Anlaß sein, voller Dankbarkeit an alle diejenigen zu denken, die zu diesem glücklichen Tag für das deutsche Volk beigetragen haben.

(Beifall)

Die überwiegende Mehrheit des Volkes der ehemaligen DDR hat in einer friedlichen Revolution Schritt für Schritt, mit Augenmaß, ja man darf wohl sagen mit einer fast an ein Wunder grenzenden Weisheit, aus dem Volk heraus zu jeder Zeit genau das Richtige getan, um den bis an die Zähne bewaffneten SED- und Stasistaat wie ein Kartenhaus zusammenbrechen zu lassen und die Mauer niederzureißen.

(Beifall bei CDU, SPD, F.D.P.)

Dank auch all unseren europäischen Nachbarn und insbesondere auch der Sowjetunion. Dank dafür, daß aus Feinden, denen in der Geschichte durch Deutschland schon viel Schaden und Leid zugefügt wurde, daß aus diesen Feinden wohlwollende und großenteils sogar befreundete Nachbarn wurden, die uns mit Ihrem „Ja“ zur deutschen Einheit einen ungeheuren Vertrauensvorschuß erwiesen haben. Ist der 3. Oktober für alle Deutschen ein großer Tag, so ist es für uns Thüringer ganz gewiß dieser 26. Oktober 1990 auch, an dem nach jahrzehntelanger totalitärer Herrschaft an diesem würdigen Ort hier in Weimar der erste, aus freien Wahlen hervorgegangene Landtag des Bundeslandes Thüringen im nun geeinten Deutschland seine erste, seine konstituierende Plenarsitzung, abhält. Eine der wichtigsten Aufgaben dieses Landtags, ja ich möchte sagen die wichtigste überhaupt, wird sein, die gewonnene Demokratie zu bewahren und zu festigen. Dazu gehört der mündige Bürger, der dieses nun endlich demokratisch werdende Thüringen als das Seine begreift, sich als Bürger dieses Landes fühlt und als Bürger dieses Landes handelt. Das sagt sich leicht dahin, aber es wird ein langer Weg sein, bis aus einem unterdrückten, zur Anpassung gezwungenen Untertan der selbstbewußte Bürger

wird, der letztendlich das Rückgrat einer Demokratie sein muß und sein wird. Es ist für uns Sozialdemokraten Gemeinschaftsaufgabe aller demokratischen Parteien, dafür zu sorgen, daß die Solidarität der Nation, die uns moralisch ganz gewiß zustehende Hilfe zur Selbsthilfe so erfolgt, daß sie nicht das Selbstbewußtsein unserer Bürger zerstört, sondern im Gegenteil die Voraussetzungen erbringt, daß auch hier selbstbewußte Bürger der Demokratie sichere Grundlage bieten. Ich möchte es gerade an dieser Stelle mit Nachdruck sagen: Für uns Sozialdemokraten ist die Demokratie höchstes Gut, und wir wollen uns dieses Gut nie wieder nehmen lassen und eben deshalb sollte man unser Eintreten für die Solidarität, insbesondere auch für die Solidarität der Nation für die neuen Bundesländer, unser Eintreten für soziale Gerechtigkeit und Interessenausgleich als Eintreten für eine stabile Demokratie schlechthin verstehen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Wir Sozialdemokraten werden in diesem Landesparlament die Aufgabe der Opposition wahrnehmen. Eine unverzichtbare Rolle in einer funktionierenden Demokratie, und wir stehen dabei mit erhobenem Haupt, denn unsere Partei erbrachte einen wesentlichen Beitrag zur Wende im Herbst 1989. Wir sind eine Partei ohne jegliche moralische oder personelle Altlasten.

(Heiterkeit im Saal, Beifall bei SPD)

In einer Zeit, wo in einem Strudel von Widersprüchen, Umbrüchen und Möglichkeiten die Zukunft mehr eine Ahnung war, als planbar zu Erreichendes, da war es für viele unserer Mitglieder gar nicht die Frage, ob sie einmal politisch sein wollten, unsere Frage hieß nur: Wie soll man in solcher Zeit eigentlich verhindern, politisch zu sein? In diesem Sinne, meine sehr verehrten Damen und Herren, steht jetzt hier der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Bundesland Thüringen und sieht zum erstenmal in seinem Leben ein Parlament von innen.

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen an dieser Stelle versichern, daß die Fraktion der SPD in diesem Thüringer Landtag sowohl eine kritische, aber auch eine konstruktive Opposition sein wird. Wir haben nicht vor, lediglich auf der Oppositionsbank zu sitzen und zu pfeifen. Wir kennen die Sorgen und Ängste der Bürger, wir kennen die Probleme dieses von über 40jähriger SED-Herrschaft schwer geschädigten Landes, und wir haben sehr klare Vorstellungen, was zu geschehen hat. Wir können uns vorstellen, daß es so manchen Bereich geben wird, wo ein breiter Konsens möglich ist. Verglichen mit dem, was mit dem untergegangenen SED-Staat hinter uns allen liegt, sehen wir uns mit allen Demokraten ganz grundsätzlich und ganz entschieden zunächst einmal auf der gleichen Seite.

(Beifall)

Wem im bisherigen Leben die einfachsten Menschenrechte verweigert wurden, der weiß heute ganz besonders um deren Wert und wird auch und gerade in der Opposition alles tun, um dieses kostbare Gut festzuhalten. Und dazu gehört für uns ohne Zweifel auch die Aufarbeitung der Vergangenheit. Diese

ist noch lange nicht erfolgt, da liegt noch so manches im Dunkeln. Die Aufarbeitung der Vergangenheit ist jedoch die Basis, auf der künftige Politik zu stehen hat. Da hätten wir Sozialdemokraten ganz gern feste Fundamente und keinen wackligen Boden, auch wenn man dabei etwas tiefer graben muß. Ich darf Ihnen an dieser Stelle mitteilen, daß die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei im vorab, ohne dazu aufgefordert zu sein, eidesstattliche Erklärungen all ihrer Mitglieder abgegeben hat, daß keiner von ihnen zu irgendwelcher Zeit offizieller und inoffizieller Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes oder wissentlicher Informant dieses Dienstes war. Wir erwarten ähnliche Erklärungen auch von den anderen Fraktionen.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

Ich nehme das mit großer Freude zur Kenntnis, danke.

Und noch etwas Grundsätzliches: Für uns Sozialdemokraten ist der Grundsatz unseres politischen Handelns nicht das Denken in abstrakten staatlichen oder in abstrakten juristischen Kategorien, nein unser politisches Handeln orientiert sich an dem Willen, den Menschen in unserem geschundenen Land Thüringen zu dienen und zu helfen. Da gibt es ja nun wahrlich genug zu tun und überall, wo es dabei übereinstimmende Auffassungen von Koalition und uns Sozialdemokraten gibt, soll uns das sehr recht sein. Auf solchen Gebieten werden wir keine Scheu haben, auch laut Ja zu sagen und Mitverantwortung zu übernehmen, aber wir werden mit aller Konsequenz darüber wachen, daß die Marktwirtschaft in unserem Land Thüringen auch wirklich sozial wird; daß wir eine Entwicklung nehmen, die uns zur gewonnenen staatlichen Einheit der Deutschen mittelfristig auch die Einheit der Lebensverhältnisse bringt; daß Thüringen nicht zum Sizilien der Bundesrepublik Deutschland wird, und da liegt Vieles im argen. Es kann nicht sein, daß die Wirtschaft in den westlichen Bundesländern boomt und ein Lebenselixier erhält auf Kosten eines Kahlschlages im produktiven Bereich in den neuen Bundesländern. Hier ist mit allen Mitteln der Wirtschafts- und Steuerpolitik gegenzusteuern und bei diesem hoffentlich bald erreichbaren wirtschaftlichen Aufschwung in unseren neuen Bundesländern gibt es einen Aspekt, der liegt uns Sozialdemokraten ganz besonders am Herzen.

Gestatten Sie mir bitte, meine Damen und Herren, ein ganz kurzes Zitat: "... die Räder, welche einen Staat bewegen, greifen so sonderbar ineinander ein, daß bei einem Teil der Nation diese Entwicklung sehr starke Fortschritte machen kann, ohne daß die Lage der letzten Klassen dadurch besser würde." (Alexander von Humboldt) Genau das ist es, was zu verhindern ist, und wir haben achtzugeben, daß hier nicht der Rentner, der Kranke, der Schwache und nicht mehr so Leistungsfähige auf der Strecke bleibt, daß sich auch deren Lebensverhältnisse verbessern.

(Beifall)

Wir werden achtzugeben haben, daß bei uns nicht ein quasi rechtsfreier Raum entsteht, weil eben der Justizapparat nicht

voll funktionsfähig ist, voller Altlasten steckt. weitgehende Gesetzesunkundigkeit bei Bürgern, Verbänden und Betriebsräten besteht und daß aus dieser Situation heraus sich nicht ein gewisser Manchesterkapitalismus breit macht, wo heute eiskalt ehemalige Altparteiennomenklaturkader die Leute entlassen, die sie vorher mit ihrer bankrotten Ideologie drangsaliert haben.

(Beifall)

Ohne sich um Sozialpläne, Beschaffung neuer Arbeitsplätze, ohne sich um elementare Pflichten und Regeln zu kümmern; ja man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß manche dieser Leute heute den Kapitalismus so praktizieren möchten, wie sie sich diesen in ihren kommunistischen Schulungsbüchern abgesehen und bis zum Herbst 1989 immer vorgestellt haben.

(Beifall)

Hier sollen die Betroffenen, die Betriebsräte, die Gewerkschaften wissen, daß wir Sozialdemokraten entsprechend unseres Selbstverständnisses an ihrer Seite stehen. Uns sind übrigens auch andere, bessere Beispiele bekannt und redliches Bemühen wird immer unsere Unterstützung und Anerkennung finden. Wir werden jedenfalls darüber wachen, daß kein schwarzes Loch im Sozialstaat entsteht. Letztlich ist auch sozialer Frieden produktiv und es ist, wie Heinrich Mann sagte, der soziale Aufstieg insgesamt ein Werk der herrschenden Vernunft und des erlebten Freiheitssinnes, und zu dieser herrschenden Vernunft gehört mit Sicherheit auch, daß wir uns schützend vor unsere Landwirtschaft zu stellen haben, und auch eine Zweiklassenmedizin im geeinten Deutschland erscheint uns unvernünftig und unannehmbar. Unvernünftig und unannehmbar auch, daß jetzt die Mieter um ihre Wohnung oder wegen unbezahlbarer Mieten zittern sollen. Einen traurigen Höhepunkt an Unvernunft erreichen wir bei der Zerstörung unserer Umwelt, der Vernichtung unserer natürlichen Ressourcen. Beim Kampf um die Erhaltung unserer Umwelt, um die Bewahrung unserer natürlichen Lebensbedingungen, um die schonende Verwendung und nicht Verschwendung unserer Ressourcen werden wir Sozialdemokraten uns von niemandem übertreffen lassen.

(Heiterkeit bei CDU, NF/GR/DJ)

Meine Damen und Herren! Ich möchte mich und meine Generation von späteren Generationen einmal nicht als kriminell bezeichnen lassen.

Meine Damen und Herren! Es beginnt nun die Arbeit in der ersten Legislaturperiode des Thüringer Landtags, der dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet ist. Das bedeutet, daß zum Wohle der Demokratie der Exekutive mit ihrem gesamten Potential eine voll funktionsfähige Legislative gegenüberstehen muß. Das wird Geld kosten, das wird nicht billig sein. Damit ich richtig verstanden werde, ich rede hier nicht von Diäten, ich rede vielmehr von einer ausreichenden personellen und materiellen Ausstattung, insbesondere der Oppositionsfractionen, um einer sonst übermächtigen

Regierung ein Gegengewicht entgegenzusetzen zu können.

(Beifall bei SPD, NF/GR/DJ, LL-PDS)

Es darf nicht sein, bei aller notwendiger Sparsamkeit, daß in irgendeinem der fünf neuen Bundesländer eine Verstümmelung der Opposition zugelassen wird.

(Beifall bei SPD, NF/GR/DJ, LL-PDS)

Wie ich es eingangs sagte, wir Sozialdemokraten wollen uns nicht zu einer Art oppositionellen Garnierung ruhig auf unsere Sitze niederlassen und ausruhen, sondern kritisch und konstruktiv unseren Beitrag zum Aufbau eines neuen Thüringen einbringen. Dazu brauchen wir die Arbeitsvoraussetzungen, denn wir müssen ja harte Arbeit leisten, der Herr Präsident hat es vorhin gesagt, wie hart diese Arbeit werden wird, z. B. an der notwendigen Thüringer Verfassung, z. B. an einer ausgereiften Geschäftsordnung des Landtags. Es braucht niemand zu befürchten, daß wir diese lediglich abnicken werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Ich wünsche uns allen die Gesundheit, die Kraft und vor allem die Weisheit, die wir alle brauchen werden, um das für unser Land Thüringen Beste zu tun. Danke!

(Beifall)

Präsident Dr. Müller:

Jetzt hat das Wort der Vertreter der CDU-Fraktion, der Vorsitzende des Landesverbandes der Christlich-Demokratischen Union, der Abgeordnete Böck.

(Beifall)

Abgeordneter Böck, CDU:

Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, werte Gäste! Wir sind an diesem denkwürdigen Tage im Lande Thüringen zusammen, um die Geburt eines Landes mitzuerleben und uns selber als Geburtshelfer dieses Landes Thüringen zu fühlen. Das Land, das zerschlagen wurde im Jahre 1952 durch die damaligen Machthaber, um es besser regierbar, besser beherrschbar zu machen, um die Menschen besser in den Griff zu kriegen, sie zu indoktrinieren und zu gefügigen Werkzeugen dieses kommunistischen Machtapparates zu machen. Und die Worte selbst, die gewählt wurden, um dieses Land Thüringen aufzulösen, entlarven das System, und ich darf noch einmal diese unsagbaren Worte hier vor dem Hohen Hause zitieren, als es hieß: "Es ist das Gesetz erlassen über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der DDR vom 23. Juli 1952." Diese Sprache ist uns noch nicht sehr fern, aber sie ist uns schon unsagbar fremd. Und liebe Freunde, wir sehen daran, was sich in dieser kurzen Zeit, in diesem einen Jahr in den Ländern der ehemaligen DDR, besonders in den Köpfen der Menschen schon verändert hat. Und ich zweifle nicht daran, daß in dieser

ehemaligen DDR einige es früher begriffen hatten, wohin das Staatsschiff fuhr und auf Veränderungen drängten. Und ich zweifle nicht daran, daß es in diesem Lande Menschen gab, die sich schuldig gemacht haben. Jeder, der in diesem Lande gelebt hat, hatte die Wahl, entweder gegen das Regime vorzugehen, an Mauer und Stacheldraht zu verbluten oder seinen Frieden zu machen und dort zu leben. Und ich glaube nicht, daß wir einen von uns ausnehmen können, aus dem Zustand, den wir alle mit zu verantworten hatten.

Und meine sehr verehrten Damen und Herren, es fällt mir auch nicht schwer zu bekennen, daß wir uns mitschuldig gemacht haben. Das ist so und es ist die Wahrheit, und deswegen sage ich auch, daß hier in der ersten Tagung des Hohen Hauses, weil wir mit unserem Menschenbild, dem Bild vom Menschen als Abbild der Gottheit und nicht im Sinne der Vollkommenheit, sondern im Sinne des Strebens nach Vollkommenheit, dem Menschen auch zugestehen, daß er sich irren kann, daß er schuldhaft werden kann, aber auch daß er in der Lage ist, seine Schuld zu erkennen, sie zu bekennen und sich zu ändern. Wir haben uns als das Volk auf den Weg gemacht, die Verhältnisse hier zu verändern. Und es war nicht nur der Ruf, "Wir sind das Volk", den wir gehört haben, dieses Volk hat auch den Ruf geprägt, "Wir sind ein Volk".

(Beifall)

Das hat sich am 3. Oktober vollendet.

Wir sind alle irgendwie in diesem Lande beschädigt worden. Es ist selbstverständlich, daß wir nicht ohne Aufarbeitung dieser Vergangenheit in eine Zukunft gehen können. Die Erfahrungen in den alten Bundesländern lehren uns, wir müssen uns unserer Vergangenheit stellen. Auch müssen wir gründlich nachdenken und gründlich nachprüfen, wer sich in welchen Verhältnissen schuldig gemacht hat, und wer Sühne leisten kann, und wer dann auch in das Neue sich mit einbringen kann, und in den Aufbau des neuen Staates und ganz besonders in den Aufbau dieses Landes Thüringen. Selbstverständlich werden wir als Christdemokraten diese Arbeit mit fördern und unterstützen. Ich darf hier sagen, es ist nicht das Privileg irgendeiner Partei; wir halten es für selbstverständlich, daß jeder, der sich der Wahl des Volkes gestellt hat und der als Abgeordneter diesem Hohen Hause angehört, sich dieser Prüfung stellt. Das ist ganz einfach notwendig und selbstverständlich und entspricht nur dem Recht und Gesetz, das die Volkskammer noch geschaffen hat, als jedem Abgeordneten eingeräumt wurde, seine Integrität auch nachweisen zu dürfen. Wir als CDU-Fraktion haben uns dieser Aufgabe gestellt. Der Nachweis ist bei allen inzwischen erbracht, daß sie integer sind und nicht von dieser Vergangenheit belastet. Wir sehen aber mit Sorge all das, was 40 Jahre in diesem Lande angerichtet haben. Wenn davon gesprochen wird, daß hier ein neues Land aufgebaut werden muß, dann sehen wir überall Trümmer in den einfachsten und notwendigsten Lebensbereichen, in der Luft die wir atmen, die vergiftet ist; in dem Wasser, das wir trinken, das in vielen Orten nicht mehr benutzt werden darf, um für unsere Kinder Nahrungsmittel davon herzustellen; der Boden der vergiftet ist und vergiftete Nahrungsmittel auf ihm wachsen läßt; all das ist nicht in diesem letzten Jahr, in dieser Zeit der Wende ent-

standen, das ist das Ergebnis von 40 Jahren Vergangenheit, mit der wir hier fertig werden müssen. Und das ist das größere Problem in der Bewältigung dieser Vergangenheit.

Dann wundere ich mich darüber, was Abgeordnete dieses Hohen Hauses in dieser feierlichen Stunde sagen - und da werde ich auch meinem verehrten Kollegen Dr. Kniepert nicht folgen, die Würde dieser Stunde nicht zu stören - denn hier ist heute einiges gesagt worden, auf das man unbedingt antworten muß. Wenn sich die gleichen Leute, die jahrelang dafür verantwortlich waren, daß nicht nur Mauern um unser Land gezogen wurden und wir als Menschen hinter Mauer und Stacheldraht gehalten wurden, wenn die gleichen Leute, die verantwortlich waren, daß auch in unseren Köpfen Mauern gezogen wurden, daß wir ausgegrenzt wurden von dem, was hervorragende Geister in diesem Lande und in der Welt gedacht und getan haben im Bereich von Wissenschaft, von Kunst und Kultur, wenn Leute, die für die Zensur und für das Filtern von Informationen für uns verantwortlich waren, heute hier auftreten und als Lehrmeister dieses neuen Staates schon wieder gute Ratschläge erteilen wollen, dagegen verwahren wir uns.

(Starker Beifall und Bravorufe)

Sicherlich entspricht es auch nicht jedermanns Demokratieverständnis wie eine westliche Demokratie arbeitet, wenn aber die Demokratie in den alten Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland 40 Jahre lang funktioniert hat und dieses Deutschland hervorgebracht hat, dann kann sie doch wohl so schlecht nicht sein. Und wenn das Volk gesagt hat, wir sind ein Volk und diese Demokratie hier einführen wollte, dann ist das der Wille des Volkes, denn Mehrheitsverhältnisse bei freien und geheimen Wahlen, die sind doch wohl nicht manipuliert und ich kann es nicht dem Volk anlasten, wenn es sich seine Mehrheiten schafft; das ist der Wille des Volkes, der hier repräsentiert wird.

(Starker Beifall)

Ich gebe ja zu, es ist schwierig, wenn man etwas in Gang gesetzt, etwas begonnen hat, mit aller Leidenschaft, mit vollem Einsatz, auch seiner Wohlbefindlichkeit, seiner Gesundheit, etwas auf den Weg gebracht hat und wenn es dann nicht das Ende erreicht, das man selbst wollte, daß es einem weh tut; aber diejenigen, die auf dem Weg mitgegangen sind und die dann ein anderes Ziel anvisiert haben zu beschuldigen, sie hätten die rechte Demokratie nicht begriffen, das ist auch Bevormundung, Frau Grabe, und ist nicht Demokratie in dem Sinne, wie das Volk in diesem Lande es haben will.

(Beifall)

Wir werden für dieses Land Thüringen gemeinsam mit unserem Koalitionspartner, der F.D.P., alle Kraft einsetzen, um die Verhältnisse so zu ordnen, daß dieses Land wieder bewohnbar wird, daß man dort alle Lebensmittel gesund erzeugen und zu sich nehmen kann, daß wir hier Investitionen vornehmen, daß Thüringen zu einem blühenden Land in Deutschland wird. Ich kann es nur bekräftigen, wir wollen erreichen, daß es heißt, es geht

aufwärts wie in Thüringen. Dankeschön.

(Beifall)

Präsident Dr. Müller:

Mit dieser Ansprache haben wir den Tagesordnungspunkt 8 erledigt.

Sie bemerken hinter meinem Rücken Vorkehrungen, die sich darauf beziehen, daß wir ganz zum Abschluß singen werden "Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland". Ich darf aber davor diese 1. Sitzung, diese konstituierende Sitzung des 1. Thüringer Landtags nun beschließen, lade ein zu der nächsten Sitzung, zu der 2., die morgen, 10.00 Uhr, im Plenarsaal des Thüringer Landtags in der Johann-Sebastian-Bach-Straße stattfinden wird. Die Tagesordnung müßte inzwischen ausgedruckt in Ihren Händen sein. Hiermit beschließe ich die 1. Sitzung dieses Landtags.

(Ende 16.55 Uhr)